

I. EINLEITUNG: DER KAMPF DER ANTINAPOLEONISCHEN KOALITION GEGEN FRANKREICHS VORHERRSCHAFT AUF DEM KONTINENT UND FÜR DIE FREIHEIT EUROPAS MIT MILITÄRISCHEN UND PUBLIZISTISCHEN MITTELN

1. Thema: Der Krieg der europäischen Staatenverbindung mit Schwert und Feder

Am Anfang und am Ende des europäischen Bundes stand eine Militärallianz gegen Napoleon.¹ In der Zeit von der Konvention von Tauroggen vom 30. Dezember 1812 bis zum Friedensschluss von Paris am 30. Mai 1814 schlossen sich beinahe alle Staaten des Kontinents mit dem Ziel zusammen, die Despotie Napoleons zu beseitigen und die Freiheit Europas zu erkämpfen. Die Verbündeten führten ihren Kampf sowohl mit dem Schwert als auch der Feder. Wie die anderen europäischen Völker hatten die Deutschen nach dem alliierten Sieg bei Leipzig Mitte Oktober 1813 die Möglichkeit, sich in den Medien über die Formen ihrer staatlichen Neuordnung und nationalen Erneuerung auszutauschen.

Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit begleitete alsbald die alliierten Kriegsoperationen in den deutschen Staaten, und eine ganz neue Medienlandschaft entstand: Unzählige Flugblätter und Flugschriften, Broschüren und Hefte, Zeitschriften und Zeitungen erschie-

¹ Vgl. Droysen, Johann Gustav: Das Zeitalter der Freiheitskriege. Gotha 1886, S. 11f; Meinecke, Friedrich: Das Zeitalter der deutschen Erhebung (1795-1815). Leipzig 1941, S. 502f; Scheuner, Ulrich: Das europäische Gleichgewicht und die britische Seeherrschaft. Hamburg 1943, S. 77; Born, Karl Erich: Hardenbergs Pläne und Versuche zur Neuordnung Europas und Deutschlands 1813/15. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 8. Jg. (1957), S. 550f; Vierhaus, Rudolf: Überstaat und Staatenbund. Wirklichkeit und Idee internationaler Ordnung im Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons. In: Archiv für Kulturgeschichte, 43. Jg. (1961), S. 330ff; Craig, Gordon A.: Probleme des Koalitionskrieges: Die Militärallianz gegen Napoleon 1813-14. Aus: Craig, Gordon A. (Hrsg.): Krieg, Politik und Diplomatie. Wien 1968, S. 37ff; Salvatorelli, Luigi: Napoleon und Europa. Aus: Sieburg, Heinz Otto (Hrsg.): Napoleon und Europa. Köln, Berlin 1971, S. 200; Schlieper, Inge: Die Diskussion um die territoriale Neuordnung des Rheinlandes 1813-1815. Köln 1971, S. 13ff; Schroeder, Paul W.: The 19th Century International System: Changes in Structure. In: World Politics, 39. Jg. (1986), S. 12; Orlik, O.V.: Die Rolle der russischen Diplomatie bei der Gewinnung Österreichs für die sechste Koalition gegen Napoleon. Aus: Drabek, Anna M.; Leitsch, Walter; Plaschka, Richard G. (Hrsg.): Russland und Österreich zur Zeit der napoleonischen Kriege. Wien 1989, S. 136; Gruner, Wolf D.: Deutschland und das Europäische Gleichgewicht seit dem 18. Jahrhundert. Aus: Gruner, Wolf D. (Hrsg.): Gleichgewicht in Geschichte und Gegenwart. Hamburg 1989, S. 99; Grosser, Adolf: Die Nationen und Napoleon. Tradition und Nationalgefühl. Aus: Groote, Wolfgang (Hrsg.): Napoleon I. und die Staatenwelt seiner Zeit. Freiburg 1989, S. 82; Steger, Hans-Albert: Eine Drei-Einigkeit: Die Französische Revolution – Napoleon – und die Erfindung Deutschlands. Aus: Steger, Hans-Albert (Hrsg.): Auswirkungen der Französischen Revolution außerhalb Frankreichs. Neustadt an der Aisch 1991, S. 77; Schroeder, Paul W.: The Transformation of European Politics 1763-1848. Oxford 1994, S. VII, 445ff; Siemann, Wolfram: Vom Staatenbund zum Nationalstaat. Deutschland 1806-1871. München 1995, S. 310ff.

nen. Die publizistischen Medien warben im Dienste der Alliierten für den Kampf gegen Napoleon und für einen freiwilligen Eintritt in die Armee. Die Propaganda richtete sich sowohl an Truppenangehörige und wehrfähige deutsche Männer als auch an alle Teile der Zivilbevölkerung. Tagesaktuelle Berichte informierten über die militärisch-politischen Siege der Verbündeten und vermittelten die Kriegsziele der antinapoleonischen Allianz. Essays, die sich als zeitgeschichtliche Reflexion verstanden, diskreditierten die Rechtmäßigkeit der bisherigen Herrschaft Napoleons in Europa und legitimierten die Kriegsunternehmungen der Koalition. Aufsätze und Kommentare favorisierten die Grundsätze der alliierten Friedenspolitik in Europa und machten Vorschläge, wie das europäische Staatensystem künftig ausgestaltet und die deutsche Staatlichkeit erneuert werden könnte.

Die vorliegende Arbeit soll zeigen, wie es die antinapoleonische Koalition dank der vielfältigen Pressegeattungen schaffte, ihre militärischen und politischen Erfolge zu dokumentieren. Dabei muss berücksichtigt werden, dass militärische Niederlagen und Streitigkeiten zwischen den Bündnisparteien selbstverständlich kein Pressethema waren. Die Untersuchung geht von der Einsicht aus, dass in der publizistischen Debatte Einmütigkeit darüber herrschte, dass die deutsche Neuordnung unter alliierter Federführung als ein integraler Bestandteil der europäischen Neuordnung voranzutreiben sei.

2. Fragestellung: Die Propagierung der Vision eines europäischen Bundes in den deutschen Staaten

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage, welche Bedeutung die publizistische Vision eines Bundes europäischer Staaten im Kampf der antinapoleonischen Koalition gegen die Despotie Napoleons und für die Freiheit Europas überhaupt hatte.

Dazu muss der Aufbau der Medien betrachtet werden: Sobald deutsche Gebiete befreit waren, lancierten Vertreter der Allianz die Gründung neuer Presseorgane. Die Redaktionen dieser Blätter wurden von den Koalitionären dann angewiesen, den erfolgreichen Aufbau der Militärallianz zu loben. So entwickelte sich der Bund europäischer Staaten zum Gegenstand der tagesaktuellen Berichterstattung, zum Referenzpunkt zeithistorischer Reflexion und auch zur Zielvorstellung europäischer Friedensideen. Letztendlich geht es darum zu klären, ob es der Koalition gelang, die generierten Vorstellungen einer europäischen Staatenverbindung als friedensschaffendes Instrument zu nutzen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die neuen Presseerzeugnisse immer auch die Bestre-

bungen deutscher Buchhändler unterstützten, ihr Gewerbe zu erneuern. Mit der Untersuchung dieser Fragen wird es möglich, die alliierten Visionen eines europäischen Bundes an den Aufschwung der deutschen Presse rückzubinden.

Ein wesentliches Charakteristikum der damaligen Publizistik war, dass die Geschichte der Bildung der europäischen Militärkoalition glorifiziert wurde. Deutsche Periodika schufen das nachhaltig wirksam gebliebene positive Bild von der europäischen Staatenverbindung dadurch, dass Napoleons Herrschaftspraxis radikal verunglimpft und der alliierte Kriegseinsatz vorbehaltlos gerühmt wurde. Die politisch-militärischen Operationen der Verbündeten wurden zu einer reinen Erfolgsgeschichte stilisiert. Es soll gezeigt werden, wie es den Koalitionisten gelang, das Idealbild eines europäischen Bundes gegen Napoleon zu verbreiten und damit den europäischen Friedensprozess öffentlichkeitswirksam zu unterstützen.

Die Publizistik dokumentiert also die Entfaltung der zeitgenössischen Europavorstellungen. Charakteristisch für das Bild der antinapoleonischen Allianz von Europa war dabei, dass sich in diesem Bild die Interessen der europäischen Staatengemeinschaft und nationale Souveränitätsansprüche nie widersprachen, sondern immer ergänzten und vervollständigten.²

3. These: Europa kein empirischer Ort, sondern eine transzendente Größe

Voraussetzung der Untersuchung ist die Annahme, dass der Begriff Europa in seiner zeitlichen Verwendung und in seinem räumlichen Bezug keine konstante, sondern eine flexible Größe war und ist.³

Europa ist weder eine von Natur aus vorgegebene geographische Ordnung noch ein kosmopolitisches Weltreich, sondern eine von physiokratischen und kulturgeographischen Besonderheiten geprägte raumpolitische Idee.⁴ Als eine Erfindung der Europäer

² Vgl. Fuhrmann, Manfred: Europa. Zur Geschichte einer kulturellen und politischen Idee. Konstanz 1986, S. 2; Fleig, Hans: Die Schweiz im Schrifttum der deutschen Befreiungszeit 1813-1817. Basel 1942, S. 230; Lützel, Paul Michael: Die europäische Identität. Der mühsame Weg zur Multikultur. Aus: Bormann, Alexander (Hrsg.): Volk – Nation – Europa. Zur Romantisierung und Entromantisierung politischer Begriffe. Würzburg 1998, S. 230; Salewski, Michael: Geschichte Europas. Staaten und Nationen von der Antike bis zur Gegenwart. München 2000, S. 843.

³ Vgl. Gollwitzer, Heinz: Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. 1964, S. 9; Bußmann, Walter (Hrsg.): Europa von der Französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Handbuch der europäischen Geschichte. Hrsg. von Theodor Schieder. Stuttgart 1981, S. 2.

⁴ Vgl. Isensee, Josef: Europa – die politische Erfindung eines Erdteils, in: Isensee, Josef u.a. (Hrsg.): Europa als politische und rechtliche Form, Berlin 1993, S. 103f; Schäfer, Hermann: Einheit Europas – Herkunft, Ziel, Form. Aus: Isensee 1993, S. 17.

unterscheidet sich Europa von den anderen Kontinenten durch sein Selbstverständnis. Denn Europa definiert sich im Unterschied zu den anderen Erdteilen immer selbst.⁵ Jeder Versuch, zeitspezifische Europagedanken zu analysieren, verweist immer auch auf ihren historischen Entstehungskontext.⁶ Problematisch bei der Analyse von Europavorstellungen bleibt, dass Europa als Kategorie keinen empirischen Ort, sondern eine transzendente Größe darstellt. Es existiert kein Europa an sich, sondern nur ein Europa, wie es im Denken, Fühlen und Wollen der Europäer erscheint.⁷

Die politische Wahrnehmung Europas im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit hatte sich infolge der Französischen Revolution, der Koalitionskriege und der Herrschaftsexpansion Napoleons grundlegend verändert. Das europäische Staatensystem war instabil geworden.⁸ In fast allen Staaten hatten sich Herrschaftszusammenhänge, Rechtsnormen und politische Praktiken gewandelt.⁹ Den Weltteil hatte für kurze Zeit die Universalmonarchie Napoleons und das französische Kontinentalsystem geeint.¹⁰ Den Kampf mit Napoleon nahmen europäische Fürsten auf, um ihre politischen Freiheitsrechte von Frankreich zurückzuerlangen.¹¹ Die alliierten Siege markierten aber nicht nur das Ende

⁵ Vgl. Isensee 1993, S. 113; Cubarjan, Aleksandr O.: Europakonzepte: von Napoleon bis zur Gegenwart. Ein Beitrag aus Moskau. Berlin 1992, S. 8.

⁶ Vgl. Förster, Rolf Helmut: Die Geschichte und die europäische Politik. Bonn 1966, S. 25; Krüger, Peter: Europabewußtsein in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Aus: Hudemann, Rainer (Hrsg.): Europa im Blick der Historiker: europäische Integration im 20. Jahrhundert: Bewußtsein und Institutionen. München 1995, S. 32; Kaelble, Hartmut: Europabewußtsein, Gesellschaft und Geschichte. Forschungsstand und Forschungschancen. Aus: Hudemann 1995, S. 13ff; Delanty, Gerard: *Inventing Europe. Idea, Identity, Reality*. New York 1995, S. 1ff; Duchhardt, Heinz: Einleitung. Aus: Duchhardt, Heinz; Kunz, Andreas (Hrsg.): "Europäische Geschichte" als historiographisches Problem. Mainz 1997, S. 3f.

⁷ Vgl. Schulze, Hagen: Die Wiederkehr Europas. o.O. 1990, S. 26; Isensee 1993, S. 113.

⁸ Vgl. Bußmann 1981, S. 15; Hecker, Hans: Einführung. Aus: Hecker, Hans (Hrsg.): Europa – Begriff und Idee. Historische Streiflichter. Bonn 1991, S. 10; Rogosch, Dieter: Das heilige Reich Deutscher Nation und die Entstehung des deutschen Nationalgefühls. Aus: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die Entstehung der Nationalbewegung in Europa 1750-1849. Berlin 1993, S. 20; Girault, René: Das Europa der Historiker. Aus: Hudemann 1995, S. 62.

⁹ Vgl. Schroeder 1994, S. VII; Kimminich, Otto: Deutschland und Europa. Historische Grundlagen. Berlin 1992, S. 108.

¹⁰ Vgl. Crouzet, François: Kriege, Kontinentalsperre und wirtschaftliche Veränderungen in Europa 1792-1815. Aus: Sieburg 1971, S. 231; Dufraisse, Roger: Die "hegemoniale" Integration Europas unter Napoleon I. Aus: Berding, Helmut (Hrsg.): Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen 1984, S. 43; Dann, Otto: Mitteleuropa im Zeichen der napoleonischen Herausforderung. Aus: Dülffer, Jost (Hrsg.): Kriegsbereitschaft und Friedensordnung in Deutschland 1800-1814. Münster, Hamburg 1995, S. 7; Tielker, Wilhelm: Europa – die Genese einer politischen Idee: von der Antike bis zur Gegenwart. Münster 1998, S. 132; Woolf, Stuart J.: *Napoleon's Integration of Europe*. London, New York 1991, S. 31f; Schmale, Wolfgang: *Geschichte Europas*. Wien, Köln, Weimar 2000, S. 95.

¹¹ Vgl. Gervinius, G.G.: *Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts seit den Wiener Verträgen*. Bd. 1. Leipzig 1855, S. 171; Sybel, Heinrich von: *Erhebung Europas gegen Napoleon den Ersten*. München 1860, S. III; Prignitz, Christoph: *Vaterlandsliebe und Freiheit: deutscher Patriotismus von 1750-1850*. Wiesbaden 1981, S. 101; Klein, Tim (Hrsg.): *Die Befreiung 1813 – 1814 – 1815. Urkunden, Berichte, Briefe mit geschichtlichen Verbindungen*. Ebenhausen bei München 1913; Bock, Helmut: *Napoleon –*

der Vorherrschaft Napoleons über Europa, sondern auch den Beginn der Suche nach einer neuen Friedensordnung für den Kontinent und die deutsche Staatenwelt.¹²

4. Forschung: Von den Interpretationsstereotypen der Freiheitskriege und den Perspektiven der Europaforschung

Die Geschichte der Bildung der europäischen Staatenkoalition gegen Napoleon während der Jahre 1813/14 im Medium der deutschen Presse ist von der geschichtswissenschaftlichen Forschung bislang vernachlässigt worden.¹³

Viele Historiker betrachten den Ereigniskomplex von der Konvention von Tauroggen vom 30. Dezember 1813 bis zum Zweiten Pariser Frieden vom 20. November 1815 als eine Untersuchungseinheit.¹⁴ Diese Analysen zeigen vielfach die Tendenz, die Kämpfe für und gegen politische Freiheiten auf dem Kontinent ausgehend von den Verhandlungsergebnissen des Wiener Friedenskongresses zu beleuchten. Die Prinzipien, die die Repräsentanten Russlands, Großbritanniens, Österreichs, Preußens und Frankreichs auf dem Wiener Kongress 1814/15 für sich reklamierten, um in Europa Frieden zu schaffen, unterschieden sich von den Friedensmaximen, welche die Alliierten während der Kriegsmonate 1813/14 propagiert hatten. Die Restauration des politischen Zustandes von 1792, die Wiederherstellung legitimer Dynastien des Ancien Regimes und die solidarische Wahrnehmung gemeinsamer Interessen durch legitime Fürsten zur Abwehr revolutionärer Erscheinungen waren in der Zeit vom Beginn der russischen Kriegsinitiative bis hin zum Ersten Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 noch gar kein Thema. Die

Deutschland – Europa. Zur Wirkungsdialektik eines kontinentalen Hegemoniesystems (1806 bis 1813). Aus: Fesser, Gerd; Jonscher, Reinhard (Hrsg.): Umbruch im Schatten Napoleons. Die Schlachten von Jena und Auerstedt und ihre Folgen. Jena 1998, S. 1991; Kamnitzer, Heinz: Wider die Fremdherrschaft. Betrachtungen zur Geschichte der Befreiungskriege. Berlin 1962; Hagemann, Karen: "Männlicher Muth und teutsche Ehre". Nation, Militär und Geschlecht zur Zeit der Antinapoleonischen Kriege Preußens. Paderborn, München, Wien, Zürich 2002, S. 45.

¹² Vgl. Rougement, Denis: Europa. Vom Mythos zur Wirklichkeit. München 1962, S. 191; Schroeder 1994, S. 447; Gruner, Wolf D.: Frankreich in der europäischen Ordnung des 19. Jahrhunderts. Aus: Gruner, Wolf D.; Müller, Klaus-Jürgen (Hrsg.): Über Frankreich nach Europa. Frankreich in der Geschichte und Gegenwart. Hamburg 1996, S. 209.

¹³ Nur wenige Studien setzen eine europäische Perspektive auf die Kriegsergebnisse von 1813/14 voraus. Hier einige ausgewählte Beispiele: Ritter, Gerhard: Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens. München 1948, S. 9; Kindler, Karl: Die Entstehung des neudeutschen Nationalismus in den Befreiungskriegen. Studien zur Geschichte und den Formen des Nationalismus in Europa. Freiburg 1950, S. Iff; Andreas, Willy: Das Zeitalter Napoleons und die Erhebung der Völker. Heidelberg 1955, S. 521ff; Freund, Michael: Napoleon und die Deutschen: Despot oder Held der Freiheit. München 1969, S. 127ff; Andreas, Willy: Napoleon und die Erhebung der Völker. Aus: Sieburg 1971, S. 315.

alliierte Mobilisierung der deutschen Kriegsteilnehmer vollzog sich nach europäisch definierten Maßstäben, die sich von der Idee eines Kampfes für die europäische Freiheit und Unabhängigkeit aller Staaten des Kontinents zu der eines Kampfes für das europäische Gleichgewicht wandelten. Untersuchungen, die die Jahre 1813 bis 1815 als eine Periode begreifen, basieren vielfach auf einer verkürzten Perspektive auf die dynamischen Entwicklungen der antinapoleonischen Militärallianz und verdecken durch die Reflexion nationaler Aspekte deren europäische Dimension.¹⁵

Einige militärgeschichtliche Untersuchungen thematisieren die Kriegsstrategien und -operationen der Koalition und Napoleons in Europa.¹⁶ Die Darstellungen konzentrieren sich dabei auf die Planung, Durchführung und Analyse einer Reihe großer Schlachten. Sie ziehen jedoch vielfach keine Verbindung zwischen den alliierten Kriegserfolgen und ihrer publizistischen Vermarktung. Das Spiel der Verbündeten mit Öffentlichkeit und die publizistische Begleitung ihrer militärischen Aktionen auf den europäischen Kriegsschauplätzen bleiben weitgehend unentdeckt.

Mehrere diplomatiegeschichtliche Arbeiten erhellen auf der Grundlage von Regierungsakten die Entwicklung der antinapoleonischen Allianz 1813/14. Grundlage dieser Untersuchungen ist die Annahme, dass es sich bei dem europäischen Feldzug nicht um einen Volks-, sondern um einen Kabinettskrieg etablierter Regime gehandelt habe. Die Studien machen die politisch-militärische Entscheidungsfindung einzelner Bündnispartner in Einzelphasen und die konkurrierenden Interessen innerhalb der Staatenverbindung transparent.¹⁷ Infolge einer Analyse der internationalen Beziehungen in der Zeit

¹⁴ Einen umfassenden Überblick über die Entwicklungsgeschichte der deutschen Geschichtsforschung seit den Jahren 1813/14 gibt Akaltin. Vgl. Akaltin, Ferdinand: Die Befreiungskriege im Geschichtsbild der Deutschen im 19. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1997, S. 34ff.

¹⁵ Vgl. Schulze, Hagen: Staat und Nation in der europäischen Geschichte. München 1994, S. 200; Breuilly, John: Nationalismus und Moderner Staat. Deutschland und Europa. Köln 1999, S. 60ff.

¹⁶ Vgl. Wahl, Adalbert: Geschichte des europäischen Staatensystems im Zeitalter der Französischen Revolution und der Freiheitskriege 1789-1815. München, Berlin 1912, S. 222ff; Wahl, Adalbert: Die Erhebung der Völker gegen Napoleon I. Langensalza 1931; Helmert, Heinz; Usczeck, Hans-Jürgen: Der Befreiungskrieg 1813/14. Militärischer Verlauf. Berlin 1963; Helmert, Heinz; Usczeck, Hans-Jürgen: Europäische Befreiungskriege 1808 bis 1814/15. Militärischer Verlauf. Berlin 1976.

¹⁷ Vgl. Ullmann, Heinrich: Geschichte der Befreiungskriege 1813 und 1814, Bde. 1/2, München 1914/15; Fournier, August: Die europäische Politik von 1812 bis zum Ersten Pariser Frieden. In: Historische Blätter (1921), S. 97ff; Nicolson, Harold: The Congress of Vienna. A Study in Allied Unity: 1812-1822. London 1947, S. 49f; Griewank, Karl: Der Wiener Kongreß und die europäische Restauration 1814/15. Leipzig 1954², 43ff; Kraehe, Enno E.: Metternich's German Policy. Volume I. The Conquest with Napoleon, 1799-1814. Princeton 1963, S. 12ff; Kraehe, Enno E.: Metternich's German Policy. Volume II. The Congress for Vienna, 1814-1815. Princeton 1983, S. 3ff; Philipps, Walter Allison: The Confederation of Europe. A Study of the European Alliances, 1813-1823, as an experiment of international organisation of Peace. London 1966²; Eich, Ulrike: Rußland und Europa. Studien zur russischen Deutschlandpolitik in der Zeit der Befreiungskriege und des Wiener Kongresses. Köln 1985, S. 100ff; Kissinger, Henry A.: Das Gleichgewicht der Großmächte. Metternich, Castlereagh

von 1763 bis 1848 kommt P.W. Schroeder zu dem Schluss, dass während der Kriegsmomente 1813/14 alle bis dahin gültigen politischen Praktiken, Regeln und Beziehungen einer Transformation unterlegen hätten.¹⁸ Europäische Staatsmänner generierten demnach auf der Grundlage eines politischen Lernprozesses, der ihre kritische Auseinandersetzung mit den Ideen der Französischen Revolution, den Erfahrungen von Napoleons Machtexpansion in Europa und den aktuellen Erfordernissen der Staatsräson umfasste, schlagartig eine neue internationale Ordnung. Schroeder betont die pragmatische Notwendigkeit für die politischen Akteure, mit Traditionellem zu brechen und für die europäische Staatenwelt einen dauerhaften Frieden zu schaffen und diesem Stabilität zu verleihen. Dabei lässt Schroeder aber die Frage offen, wie die Vertreter der europäischen Militärallianz die deutsche Tagesliteratur benutzten, um die Transformationsprozesse innerhalb zwischenstaatlicher Beziehungen öffentlichkeitswirksam zu inszenieren.¹⁹

Bis Ende der sechziger Jahre dominierten vier Stereotype die deutsche Forschung für den Untersuchungszeitraum 1813/14.²⁰ Den aufgrund ihrer politischen Perspektivierungen höchst unterschiedlichen Ansätzen war doch die Grundannahme gemeinsam, dass es sich bei den Freiheitskriegen um eine gesamtdeutsche Volkserhebung gehandelt habe. Die Deutungen unterscheiden sich in Hinblick auf die Motivation der Freiheits-

und die Neuordnung Europas. 1812-1822. Mit einem Nachwort von Fred Luchsinger. Zürich 1986, S. 121ff; Sellin, Volker: Die geraubte Revolution. Der Sturz Napoleons und die Restauration in Europa, Göttingen 2001, S. 41ff.

¹⁸ Vgl. Schroeder 1994, S. vii ff.

¹⁹ Vgl. Ullmann 1914/15; Fournier 1921, S. 97ff; Nicolson 1947, S. 49f; Griewank 1954², S. 43ff; Kraehe 1963, S. 12ff; Kraehe 1983, S. 3ff; Philipps 1966²; Eich 1985, S. 100ff; Kissinger 1986, S. 121ff.

²⁰ Berding entwickelte die vier Forschungsstereotype Ende der sechziger Jahre im Rahmen einer historiographischen Debatte zwischen Historikern aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Vgl. Berding, Helmut: Freiheitskriege. In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. 2. (1968), S. 681ff; Kahn, S.B.: Die Befreiungskriege von 1813 in der deutschen historischen Literatur. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (1955), H. 3.3, S. 358ff; Heitzer, Heinz: Arbeiten über die Geschichte der Befreiungskriege (1806-1813). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Sonderheft Historische Forschungen der DDR, 1960, S. 188ff; Scheel, Heinrich: Zur Problematik des deutschen Befreiungskrieges 1813. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (1963), H. 7, S. 1277ff; Dorpalen, Andreas: The German Struggle against Napoleon: The East German View. In: The Journal of Modern History, 1969, H. 41, S. 485ff; Schäfer, Karl-Heinz: Die Freiheitskriege in der Sicht der marxistischen Geschichtsschreibung der DDR. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 1970, H. 2, S. 2ff; Kollektiv für Literaturgeschichte (Hrsg.): Befreiungskriege. Erläuterungen zur deutschen Literatur. Berlin 1973; Berding, Helmut: Das geschichtliche Problem der Freiheitskriege 1813-1814. Aus: Ludat, Herbert; Schwinges, Rainer Christoph (Hrsg.): Politik, Gesellschaft, Geschichtswissenschaft. Gießener Festaussgabe für Frantisek Graus zum 60. Geburtstag. Köln, Wien 1982, S. 382ff; Kriegl, Hermann: Justus Karl Gruner und die Revolutionierung Deutschlands 1810-1813. Nürnberg 1983, S. 40; Fehrenbach, Elisabeth: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß. München, Wien 1986, S. 203f; Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 1. Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur defensiven Modernisierung

kämpfer. Erstens sah die monarchisch-konservative Argumentation während der Freiheitskriege ein unterdrücktes Volk aus Gehorsam gegenüber dem preußischen König zu den Waffen greifen, ohne dabei die Loyalitäten der preußischen Reformer und anderer Entscheidungsträger in den deutschen Ländern zu berücksichtigen. Zweitens betrachtete die liberal-demokratische Perspektive die Freiheitskämpfer als Verfechter von konstitutionellen Rechten, obwohl diese von den Gebildeten formulierten Ziele für die unteren Gesellschaftsschichten wenig relevant waren. Drittens baute der radikal-demokratische Blickwinkel eine Kontinuität zwischen den Zielen der Französischen Revolution und denjenigen der Freiheitskriege vor allem auf Basis von literarischen Rezeptionssträngen auf. Doch lassen sich die Forderungen von 1789 mit den Absichten der politischen Akteure von 1813 bis 1815 vielfach nicht zur Deckung bringen. Viertens interpretierte der marxistisch-leninistische Ansatz die an den Kriegen beteiligten Freiwilligenverbände als Hauptantriebskräfte einer gesellschaftlichen Fortschrittsbewegung. Dabei wurde der Lohn der Zeitgenossen für diese Anstrengung in die Zukunft verlagert. Seit Ende der 60er Jahre ist die grundlegende Annahme, dass die Freiheitskriege als eine deutsch-nationale Volkserhebung betrachtet werden könnten und dass national geformte Leidenschaften der Masse eine entscheidende Rolle gespielt hätten, generell in Zweifel gezogen worden. Die Forderung nach einer territorial-, sozial- und öffentlichkeitsgeschichtlichen Analyse der Freiheitskriege hält die Motivation der Freiwilligenverbände je nach Quellenbefund offen.²¹ Die kontrovers geführte historiographische Debatte über die Überzeugungen der Freiheitskämpfer verweist zugleich auf die situationsbezogene Interessenvielfalt der damaligen Beteiligten, die sich zu Kriegsbeginn unter dem politisch beliebig besetzbaren Kampfbegriff „Freiheit“ zusammenfanden.²²

der Reformära, 1700-1815. München 1987, S. 525; Bock, Helmut (Hrsg.): Napoleon und die nationale Unabhängigkeit. Der Widerspruch des Fortschritts. Berlin 1990; Akaltin 1997, S. 34ff.

²¹ Einen umfassenden Überblick über die aktuellen Forschungstendenzen gibt Brandt. Vgl. Brandt, Peter: Die Befreiungskriege von 1813 bis 1815 in der deutschen Geschichte. Aus: Grüttner, Michael; Hachtmann, Rüdiger; Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.): Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup. Frankfurt a. M. u.a. 1999, S. 18ff.

²² Vgl. Wahl, Adalbert: Die Ideen von 1813. Festrede zur Erinnerung an die Erhebung des deutschen Volkes 1813 und zum 25jährigen Regierungsjubiläum S. M. d. Kaisers gehalten im Festsaal der Universität Tübingen am 16. Juni 1913. Tübingen 1913, S. 17; Croce, B.: Geschichte Europas im 19. Jahrhundert. Zürich 1935, S. 7ff; Stammler, Wolfgang: "Freiheitskrieg" oder "Befreiungskrieg"? In: Zeitschrift für deutsche Philologie, 59. Jg. (1935), S. 203ff; Fehrenbach 1986, S. 204; Schulze, Hagen: Der Weg zum Nationalstaat. Die deutsche Nationalbewegung vom 18. Jahrhundert bis zur Reichsgründung. München 1985, S. 69f; Weber, Ernst: Die Lyrik der Befreiungskriege (1812-1815). Gesellschaftspolitische Meinungs- und Willensbildung durch Literatur. Stuttgart 1991, S. 57; Jeismann, Michael: Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792-1918. Stuttgart 1992, S. 73; Haupt, Heinz-Gerhard; Tacke, Charlotte: Die Kultur der Nationalen. Sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze bei der Erforschung des europäischen

In der deutschen Presseforschung bleiben die nationalen Grenzen bislang auch Forschungsgrenzen.²³ Die alliierte Propaganda, die Konjunktur des deutschen Pressewesens und die tagesaktuelle Berichterstattung über die europäischen Kriegereignisse während der Freiheitskriege haben bislang wenig Beachtung gefunden. Die Bibliographien zur periodischen Publizistik, die sich unter anderem auch auf die Zeit der Freiheitskriege beziehen, sind in fast allen Fällen unvollständig geblieben. Es existiert keine Übersichtsliste über die zeitgenössischen Zeitungen und Zeitschriften.²⁴ In den Handbüchern zur deutschen Pressegeschichte finden sich zwar Hinweise auf die Tagespublizistik der Jahre 1813 und 1814, aber es fehlt an einer systematischen Aufarbeitung und einer Medientypologie für den deutschen Sprachraum. Vielfach werden eher das Problem der Pressefreiheit²⁵ und politische Forderungen der Publizisten²⁶ in den Vordergrund gerückt, als dass die Entwicklung des deutschen Pressewesens in der Krisensituation untersucht würde. Zahlreiche Monographien konzentrieren sich auf nur eine periodische

Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Aus: Hardtwig, Wolfgang; Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Kulturgeschichte heute. Göttingen 1996, S. 262.

²³ Vgl. Wilke, Jürgen: Zeitungen und ihre Berichterstattung im langfristigen internationalen Vergleich. Aus: Blümm, Elger; Engelsing, Rolf (ausgewählt und erläutert) (Hrsg.): Die Zeitung. Deutsche Urteile und Dokumente von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bremen 1967, S. 287; Gebhardt, Hartwig: Stationen internationaler Kommunikation vom 17. bis 19. Jahrhundert. Aus: Erbring, Lutz (Hrsg.): Kommunikationsraum Europa. Konstanz 1995, S. 296.

²⁴ Vgl. Kirchner, Joachim (Hrsg.): Bibliographie der Zeitschriften des deutschen Sprachgebietes bis 1900. Bd. 1: Die Zeitschriften des deutschen Sprachgebietes von den Anfängen bis 1830. Stuttgart 1966, S. 105ff; Lorenz, Erich: Die Entwicklung des deutschen Zeitschriftenwesens. Eine statistische Untersuchung. Leipzig 1935/36, S. 32; Schäfer, Karl-Heinz: Zur Frühgeschichte der Feldzeitungen. In: Publizistik, 18. Jg. (1973), S. 160ff; Gray, Marion: The Rise of German Nationalism and the Wars of Liberation (1803-1814). Aus: Howard, Donald D. (Hrsg.): Napoleonic Military History: A Bibliography. New York/London 1986, S. 441ff; Böning, Holger: Zeitung, Zeitschrift, Intelligenzblatt. Die Entwicklung der periodischen Presse im Zeitalter der Aufklärung. Aus: Beyrer, Klaus; Dallmeier, Martin (Hrsg.): Als die Post noch Zeitung machte. Eine Pressegeschichte. Gießen 1994, S. 98f.

²⁵ Vgl. Schneider, Franz: Presse, Pressefreiheit, Zensur. Aus: Brunner, Otto; Conze, Werner; Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 4. Stuttgart 1978, S. 899ff; Gisch, Heribert: "Preßfreiheit" – "Preßfrechheit." Zum Problem der Presseaufsicht in napoleonischer Zeit in Deutschland (1806-1818). Aus: Fischer, Heinz-Dietrich (Hrsg.): Deutsche Kommunikationskontrolle des fünfzehnten bis zwanzigsten Jahrhunderts. München u.a. 1982, S. 56ff; Stegmaier, Günter: Von der Zensur zur Pressefreiheit. Aus: Landesbibliothek Stuttgart, in Zusammenarbeit mit dem Verband südwestdeutscher Zeitungsverleger und des Verbandes der Druckindustrie in Baden-Württemberg (Hrsg.): Von der Pressfreiheit zur Pressefreiheit: südwestdeutsche Zeitungsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 1983, S. 129ff.

²⁶ Vgl. Avemarie, Friedrich: Das revolutionäre Dogma der "natürlichen" Grenzen im Lichte der gleichzeitigen deutschen Publizistik unter Berücksichtigung der Flugschriften. Gießen 1917; Böttcher, Margot: Die demokratischen Forderungen der Publizistik von 1806-1815. Aus: Deutsche Akademie der Künste (Hrsg.): Patriotische Kunst aus der Zeit der Volkserhebung 1813. Berlin 1953, S. 71ff; Schlieper, 1971; Hagemann, Karen: Der "Bürger" als "Nationalkrieger". Entwürfe von Militär, Nation und Männlichkeit in der Zeit der Freiheitskriege. Aus: Hagemann, Karen; Pröve, Ralf (Hrsg.): Landsknechte, Soldatenfrauen und Nationalkrieger: Militär und Geschlechterordnung im historischen Wandel. Frankfurt a. M. 1998, S. 74ff.

Druckschrift,²⁷ ein Territorium²⁸ oder einen Publizisten der Freiheitskriege.²⁹ Eine erste Orientierung innerhalb der deutschen Tagesliteratur ermöglichen vor allem ältere Forschungsbeiträge. Unter Wahrung einer deutsch-nationalen Perspektive geben sie lediglich einen Überblick über die deutsche Presse.³⁰

Auch bei der Erforschung der Europavorstellungen während der Freiheitskriege 1813/14, die für diese Arbeit zentral sind, bestehen Forschungsdesiderate: Unzählige Untersuchungen geben Auskunft über den Wandel und die Erweiterungen des Europa-begriffs und seine Verwendung von der Antike bis zur Gegenwart.³¹ Von der ideenge-

²⁷ Vgl. Bergmann, Heinz: Der Deutsche Beobachter und die Deutsche Verfassungsbewegung vom Beginn der Freiheitskriege bis zum Ausgang des Wiener Kongresses. Köln 1940; Dreyhaus, Hermann: Der preussische Correspondent von 1813/14 und der Anteil seiner Gründer Niebuhr und Schleiermacher. Marburg 1909; Lettow Vorbeck, Max von: Zur Geschichte des Preussischen Korrespondenten von 1813 und 1814. Berlin 1911; Münster, Hans Amadeus: Die öffentliche Meinung in Johann Josef Görres politischer Publizität. Mit einem Bildnis Görres' und einem Anhang, enthaltend den Neudruck des Görres-Aufsatzes "Die teutschen Zeitungen" (aus dem Rheinischen Merkur, Juli 1814.) Berlin 1926; Kindt, Hermann: Rheinischer Merkur und die deutsche Presse seiner Zeit. Braunschweig 1936; Wende, D.: Vergleich des "Rheinischen Merkurs" von Görres mit den "Deutschen Blättern" von Brockhaus. Leipzig 1962; Lehmann, Ernst Herbert: "Deutsche Blätter" – eine politische Zeitschrift der Befreiungskriege. In: Politische Erziehung, 1. Jg. (1933/34), S. 312ff; Reiber, Karl: Die "Deutschen Blätter" von Brockhaus, 1813-16. Leipzig 1937.

²⁸ Vgl. Ehrenteich, Hans: Die freie Presse in Sachsen-Weimar von den Freiheitskriegen bis zu den Karlsbader Beschlüssen. Halle 1907; Lange, Bernhard: Die öffentliche Meinung in Sachsen 1813 bis zur Rückkehr des Königs. Gotha 1912; Bitterauf, Theodor: Zur Geschichte der öffentlichen Meinung im Königreich Bayern 1813. In: Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, 61. Jg. (1913), S. 145ff; Hagemann, Karen: Federkriege. Patriotisch-nationale Meinungsmobilisierung in Preußen in der Zeit der antinapoleonischen Kriege 1806-1815. Aus: Sösemann, Bernd (Hrsg.): Kommunikation und Medien in Preußen vom 16. bis zum 19. Jahrhundert. Stuttgart 2002, S. 281ff.

²⁹ Vgl. Reissig, Elisabeth: Heinrich Luden als Publizist und Politiker. Jena 1917; Just, Leo: Der europäische Gedanke bei Niklas Vogt und Joseph Görres. In: Abendland. Deutsche Monatsschrift für europäische Kultur, Politik und Wirtschaft, 4. Jg. (1926), H. 11/12, S. 334ff; Flad, Ruth: Der Begriff der öffentlichen Meinung bei Stein, Arndt und Humboldt. Berlin, Leipzig 1929; Schäfer, Karl-Heinz: Ernst Moritz Arndt als politischer Publizist. Pressepolitik und kollektives Bewußtsein im 19. Jahrhundert. Bonn 1974; Kronenbitter, Günther: Wort und Macht. Friedrich Gentz als politischer Schriftsteller. Berlin 1994.

³⁰ Vgl. Czygan, Paul: Zur Geschichte der Tagesliteratur während der Freiheitskriege. Bd. 1. Einleitung und Einführung in die Aktenstücke. Darstellung der Geschichte einiger Zeitungen, Flugschriften, Gedichte etc., Leipzig 1911; Kramer, Hans: Die Ideen der Freiheitskriege nach der gleichzeitigen Publizistik, Tübingen 1922; Wolff, Karl: Die deutsche Publizistik in der Zeit der Freiheitskämpfe und des Wiener Kongresses. Leipzig 1924.

³¹ Vgl. Gollwitzer, Heinz: Zur Wortgeschichte und Sinndeutung von "Europa". In: Saeculum. Jahrbuch für Universalgeschichte (1951), H. 2, S. 161ff; Meyer-Sicking, Gerhard: Von Dante bis Coudenhove-Kalergi. Wege und Schicksale der Europaidee in 650 Jahren. Aus: Böhme, Wolfgang (Hrsg.): Europa, Ursprung und Zukunft. Karlsruhe 1978, S. 11ff; Kaltenbrunner, Gerd-Klaus: Nach dem Untergang des Abendlandes. Europa und die Länder der Welt. Aus: Böhme 1978, S. 59ff; Hecker 1991, S. 8ff; Calließ, Jörg (Hrsg.): Was ist der Europäer Geschichte? Beiträge zu einer historischen Orientierung im Prozeß der europäischen Einigung. Rehrburg-Loccum 1991; Guthmüller, Bodo: Europa – Kontinent und antiker Mythos. Aus: Buck, August (Hrsg.): Der Europa-Gedanke. Tübingen 1992, S. 5ff; Kimminich 1992, S. 9ff; Schäfer 1993, S. 9ff; Hecker, Hans; Spieler, Silke (Hrsg.): Die historische Einheit Europas. Ideen – Konzepte – Selbstverständnis. Bonn 1994; Schlumberger, Jörg A.; Segl, Peter (Hrsg.): Europa – Aber was ist es? Aspekte seiner Identität in interdisziplinärer Sicht. Köln, Weimar, Wien 1994; Schmale, Wolfgang: Scheitert Europa an seinem Mythendefizit? Bochum 1997;

schichtlichen Forschung ist die Existenz europaspezifischer Aussagen in der Publizistik der Freiheitskriege bisher jedoch nur im Ausnahmefall zur Kenntnis genommen worden.³² Mehrere politikgeschichtliche Arbeiten geben Auskunft über die Entwicklungszusammenhänge der Europaidee zu Beginn des 19. Jahrhunderts, wobei sie sich jedoch vielfach nur auf die politisch relevanten Vorstellungen von Europa konzentrieren. Bezugspunkte bilden dabei weniger die Entstehung und Entwicklung sowie der Effekt von Europaideen, sondern vielmehr Napoleons Universalmonarchie und die Wiener Friedensordnung. Einige literaturwissenschaftliche Beiträge thematisieren die Rezeption und Verarbeitung der europäischen Nationalliteraturen für die deutsche Romantik. Bei der Untersuchung romantischer Schriften wird in den meisten Fällen vor allem auf literaturhistorische Traditionslinien, Gattungstypologien und Kennzeichen aufmerksam gemacht und der situative Entstehungskontext vernachlässigt.³³ Auch die an politischen Realitäten orientierte Europaforschung hat bislang den alliierten Propagandafeldzug während der Kriegsjahre 1813/14 gegen Napoleon und für die Freiheit Europas außer Acht gelassen.³⁴

Timmermann, Heiner: Die Idee Europa. Aus: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die Idee Europa in Geschichte, Politik und Wirtschaft. Berlin 1998, S. 7ff; Meier-Walser, Reinhard; Rill, Bernd (Hrsg.): Der europäische Gedanke. München 2000.

³² Vgl. Kraus, Martha: Völkerbunds- und Weltfriedensideen während des napoleonischen Zeitalters in der publizistischen Literatur, München 1922; Gollwitzer 1964.

³³ Vgl. Remak, Henry H.H.: Ein Schlüssel zur westeuropäischen Romantik. Aus: Prang, Helmut (Hrsg.): Begriffsbestimmung der Romantik. Darmstadt 1968, S. 427ff; Behler, Ernst: Kritische Gedanken zum Begriff der europäischen Romantik. Aus: Behler, Ernst u.a. (Hrsg.): Die Europäische Romantik. Frankfurt a. M. 1972, S. 7ff; Lützel, Paul Michael: "Kosmopoliten der europäischen Kultur": Romantiker über Europa. Aus: Ribbat, Ernst (Hrsg.): Romantik: ein literaturwissenschaftliches Studienbuch. Königsstein i. Taunus 1979, S. 213ff; Lützel, Paul Michael: Europa-Ideen von Novalis bis Herder (1749-1829). Aus: Lützel, Michael (Hrsg.): Geschichte in der Literatur. Zu Werken von Lessing bis Hebbel. Zürich 1987, S. 228ff; Schulin, Ernst: Weltbürgertum und deutscher Volksgeist: Die romantische Nationalisierung im frühen neunzehnten Jahrhundert. Aus: Martin, Bernd (Hrsg.): Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. München 1992, S. 105ff; Hoffmeister, Gerhart: Deutsche und europäische Romantik. Stuttgart 1980; Hoffmeister, Gerhart: Deutsche und europäische Romantik. Aus: Schanze, Helmut (Hrsg.): Romantik-Handbuch. Tübingen 1994, S. 130ff; Hoffmeister, Gerhart: Europäische Einflüsse. Aus: Schanze 1994, S. 106ff; Schwering, Markus: Romantische Geschichtsauffassung – Mittelalterbild und Europagedanke. Aus: Schanze 1994, S. 541ff; Schwering, Markus: Zeitkontext – Einflüsse und Wirkungen. Aus: Schanze 1994, S. 16ff; Gilli, Marta: Der Einfluß der französischen Revolution auf das Entstehen eines europäischen Bewußtseins. Aus: Reinhalter, Helmut (Hrsg.): Europaideen im 18. und 19. Jahrhundert in Frankreich und Zentraleuropa. Frankfurt a. M. 1994, S. 84ff; Lützel 1998, S. 227ff.

³⁴ Vgl. Burgdorf, Wolfgang: Chimäre Europa: antieuropäische Diskurse in Deutschland (1648-1999). Bochum 1999, S. 15ff.

5. Ansatz: Die Zeitgeistforschung

Die vorliegende Arbeit basiert auf einem Ansatz der Zeitgeistforschung.³⁵ Damit verfolgt sie die Absicht, den historiographisch verengten Blick auf die Freiheitskriege 1813/14 durch die Analyse der periodischen Presse zum Thema Europa zu modifizieren. Der nationalen Forscherperspektive werden tagesaktuelle Nachrichten vom europäischen Kriegsschauplatz, zeitgeschichtliche Beiträge über die Historie Europas und Kommentare zu europäischen Neuordnungsbestrebungen gegenübergestellt.

Diese Annäherung an die publizistischen Europadiskussionen von 1813/14 in den deutschen Staaten begünstigt der Umstand, dass in den Quellen selbst der Begriff „Zeitgeist“ zur Beschreibung der öffentlichen Meinungsbildung verwendet wird.³⁶ Auch wenn Zeitgeist dort inhaltlich nicht definiert wird, stellte er für die Autoren doch eine idealisierte politische Macht dar und war konstitutiv für die Vorstellung von gemeinsamen politischen Grundüberzeugungen, die nicht auf die deutsche Nation beschränkt wären, sondern für alle europäischen Völker gälten. Keine Regierung konnte nach allgemeiner Überzeugung auf dem Kontinent bestehen³⁷ oder politische Maßnahmen einleiten,³⁸ wenn sie dem Zeitgeist entgegenstünde.³⁹ Eine angemessene Deutung des Zeitgeistes stellte demnach vielmehr jede Obrigkeit vor die Aufgabe, bestehende Missstände zu beseitigen und Reformen einzuleiten.⁴⁰ In diesem Sinne galt auch die staatliche Pflege der öffentlichen Meinung als gerecht, um den herrschenden Geist der Zeit anzuleiten und zu verbessern.⁴¹ Den Glauben an die Kraft des Zeitgeistes, der seit der Aufklärung unter den deutschen Gebildeten weit verbreitet war, nutzten die Alliierten während ihres Feldzuges für die Propagierung ihrer Kriegsziele.

Die Analyse der Druckerzeugnisse wird die Diskrepanz zwischen der europäischen Kabinettpolitik innerhalb der Militärallianz, einzelstaatliche Interessen gegenüber den

³⁵ Vgl. Schoeps, Hans-Joachim: Was ist und was will die Geistesgeschichte. Über Theorie und Praxis der Zeitgeistforschung. Hildesheim, Zürich, New York 2000², S. 30f, 78ff.

³⁶ Vgl. Schäfer 1970, S. 27, 30, 36.

³⁷ Vgl. o.T. In: DB II, 26.11.1813, H. 39, S. 390; Ein Blick auf die Zeit und auf den Kampf der deutschen Völker. In: GOM 1813, H. 2, S. 39; Süvern [Johann Wilhelm]: Einleitungs-Vortrag zu einer Reihe von Vorlesungen über die politische Geschichte von Europa, gehalten in Königsberg im Winterhalbjahre 1807/8. In: NEM, 1814, H. 4, S. 437.

³⁸ Vgl. o.T. In: RDVB, 1.4.1813, H. 1, S. 6f; Briefe eines zur Armee reisenden Sachsen. Brüssel, den 17ten April 1814. In: DB II, 19.5.1814, H. 133, S. 611.

³⁹ Vgl. Braunschweig, am 20sten December 1813. In: DB I, 8.1.1813, H. 62, S. 122.

⁴⁰ Vgl. Wo sind wir? In: NPZ, 1814, H. 6.4, S. 50; Die Monate Januar und Februar. In: DDB II, 2.4.1814, H. 109, S. 238f; T.D.: Die Preßfreiheit in Teutschland unter dem Französischen Einflusse. In: TB II, 9.5.1814, H. 54, S. 197f.

⁴¹ Vgl. Unsere Zukunft. In: DB II, 12.6.1814, H. 143, S. 134f.

Bündnispartnern zu wahren, und der alliierten Öffentlichkeitsarbeit, sich in ihren Erklärungen gegenüber der Bevölkerung zu abstrakten Freiheitsidealen zu bekennen, aufzeigen.

6. Methodisches Vorgehen: Die Inhaltsanalyse publizistischer Quellen

Für die Untersuchung bietet es sich an, Periodika aus den Kriegsmonaten 1813/14 einer Inhaltsanalyse zu unterziehen.⁴² Das empirische Verfahren ermöglicht eine „[...] systematische, intersubjektiv nachvollziehbare Beschreibung formaler und inhaltlicher Merkmale [...]“⁴³ einer europäischen Bundesvorstellung, wie sie die deutsche Publizistik unter alliierter Einfluss erzeugte.

Die Arbeit konzentriert sich zunächst auf die Gründungsgeschichte der Blätter, nimmt dann die redaktionelle Arbeit in den Blick und untersucht schließlich die aktuelle kommentierende und essayistische Berichterstattung.⁴⁴

Die Auswertung ausgewählter Presseorgane orientiert sich an fünf Teilfragen, nach denen einheitliche Analysekriterien aufgestellt werden, um die europaspezifischen Aussagen zu bestimmen, zu gliedern und darzustellen.⁴⁵

In einer ersten Passage werden die Programme bzw. Leitartikel der Einzelblätter dahingehend vorgestellt, um die jeweilige Gründungsgeschichte und Programmatik sowie formale Aspekte plastisch werden zu lassen. Dadurch lassen sich einzelne Zeitschriften- und Zeitungstypen während der einzelnen Kriegsmonate unterscheiden, die zwischen

⁴² Die Inhaltsforschung ist eine Methode der empirischen Sozialforschung und der Kommunikationswissenschaft. Sie findet jedoch immer noch vergleichsweise selten Anwendung in der historischen Presseforschung. Schultheiß-Heinz diskutiert am Beispiel von Zeitungen aus der Frühen Neuzeit die Chancen und Grenzen dieser Verfahrensweise in der Geschichtswissenschaft. Vgl. Schultheiß-Heinz, Sonja: Politik in der europäischen Publizistik. Eine historische Inhaltsanalyse von Zeitungen des 17. Jahrhunderts. München 2004, S. 28ff, 75ff.

⁴³ Früh, Werner: Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. Köln 1998, S. 25; vgl. Merten, K.: Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis. Opladen 1995², S. 95; Baumann, Eva: Graduell oder grundsätzlich? Unterschiede der inhaltsanalytischen Grundlagenliteratur von K. Marten und W. Früh. Aus: Wirth, Werner; Lauf, Edmund (Hrsg.): Inhaltsanalyse: Perspektiven, Probleme, Potentiale. Berlin 2001, S. 363f.

⁴⁴ Vgl. Baumert, Dieter: Entstehung des deutschen Journalismus, München 1928, S. 3.

⁴⁵ Vgl. Gebhardt, Hartwig: Das Interesse an der Pressegeschichte. Zur Wirksamkeit selektiver Wahrnehmung in der Medienhistoriographie. Aus: Presse und Geschichte. Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung. Referate einer internationalen Fachkonferenz der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der deutschen Presseforschung/Universität Bremen, 5.-8. Oktober 1976 in Bremen. Bd. 1. München 1977, S. 11ff; Fischer, Heinz-Dietrich (Hrsg.): Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480-1980. Synopse rechtlicher, struktureller und wirtschaftlicher Grundlagen der Tendenzpublizistik im Kommunikationsfeld. Düsseldorf 1981, S. 24f; Wilke, Jürgen: Nachrichtenauswahl und Medienrealität in vier Jahrhunderten. Eine Modellstudie zur Verbindung von historischer und empirischer Publizistikwissenschaft. Berlin, New York 1984, S. 11ff; Früh, Werner:

alliiertem Auftrag und unternehmerischem Anspruch standen. Es soll gezeigt werden, wie die Interessenkonvergenz beider Gruppen zu einer Presse führte, die – die Pressepolitik Napoleons imitierend – nun die amtlichen Kriegsziele der Verbündeten begünstigte. Im zweiten Teil werden die Nachrichtenbeziehungen zu anderen Periodika im In- und Ausland untersucht, die redaktionellen Rubriken analysiert und der journalistische Handlungsspielraum ausgelotet. Damit wird die jeweils spezifische mediale Funktion der Blätter auf dem erstarkenden Zeitungsmarkt bestimmbar. Es soll die redaktionelle Tätigkeit zwischen amtlicher Nachrichtenvermittlung und wirtschaftlichen Herausgeberinteressen bestimmt werden. Aus der publizistischen Kooperation zwischen Militärs und Redakteuren resultierte eine journalistische Parteinahme zugunsten der Verbündeten, die für die Dauer des Krieges als notwendige Maßnahme zur Pflege der öffentlichen Meinung vorgestellt wurde. Raum für kritischen Journalismus im heutigen Sinn gab es nicht. Im dritten Abschnitt wird die aktuelle Nachrichtenlage im Hinblick auf die vielversprechende Entwicklung der antinapoleonischen Allianz ausgewertet. Es wird beleuchtet, welche Zwischenstufen der Militärkoalition gegen Napoleon benannt, dokumentiert und propagiert wurden. Auf diese Weise wird erkennbar, inwiefern für den Koalitionsaufbau einer gesamteuropäischen Staatenorganisation gegen Despotismus geworben wurde. Die Berichterstattung über die Militärallianz als einer europäischen Staatenverbindung und zugleich als eines Garanten nationaler Unabhängigkeit auf dem Kontinent gibt den Informationsstand des deutschen Publikums über die militärischen Auseinandersetzungen und den Bündnisaufbau wieder. In einer vierten Einheit werden geschichtsphilosophische Essays mit zeithistorischer Reflexion über die europaspezifischen Themenbereiche zusammengefasst. Hierdurch wird einsichtig, inwiefern die Auslegung der europäischen Traditionen den alliierten Kriegszielen entsprach und sich diesen anpasste. Die Gegenwart galt den Autoren als der Beginn einer neuen Zeitgeschichte des europäischen Staatensystems und der deutschen Nation. In einem fünften Passus werden jene Artikel ausgewertet, die konzeptionelle Vorschläge für die künftige Neuordnung des Kontinents enthalten. Dadurch wird deutlich, inwiefern die publizistische Europadebatte den Kriegsrealitäten entsprach, diese bestätigte und gleichzeitig fortentwickelte.

Mittels dieser Leitfragen lassen sich nicht nur die Präsenz, die Inszenierung und die Vision eines europäischen Bundes darstellen, sondern es wird auch möglich, zwischen

einzelnen Medientypen, Formen der Nachrichtenvermittlung und Diskussionsebenen innerhalb des deutschen Pressewesens zu unterscheiden.

Mit diesem Untersuchungsverfahren erübrigt sich eine weiter vorgreifende Codierung der Analysekriterien, weil es sich bei den publizistischen Quellen um Dokumente mit propagandistischem Charakter handelt. Die abgedruckten Aussagen über den europäischen Bund können nicht vergleichend ausgewertet werden. Vielmehr gilt es, ihren Gleichlaut, ihre Übereinstimmungen und ihre Ergänzungsleistungen während der militärischen Auseinandersetzungen herauszuarbeiten. Dadurch lassen sich die veröffentlichten Ansichten zur europäischen Staatenverbindung als Mitteilungen im alliierten Dienst fassen und sich zugleich die damit vollzogenen publizistische Kommunikationsvorgänge bestimmen.

Ein methodisches Problem dieser Inhaltsanalyse bleibt, dass sie mit dem Vorwurf konfrontiert werden kann, deskriptiv vorzugehen. Beschreibend ist dieses Verfahren aber nur insofern, als es eine strukturierte Entnahme europaspezifischer Angaben aus den Periodika ermöglicht, auf der die Reflexion der Einstellungen, Motive und Verhaltensweisen der Produzenten basiert. Die Untersuchungsstrategie stößt dort an ihre methodischen Grenzen, wo aus den publizistischen Dokumenten kausale Zusammenhänge abgeleitet und Aussagen über die Urheber, die Netzwerke und Direktiven für die alliierte Pressekampagne gemacht werden sollen.⁴⁶ Obwohl die Darstellung die quelleninternen Analyseergebnisse um quellenexterne Daten ergänzt,⁴⁷ bleibt doch zuweilen eine Diskrepanz zwischen den manifesten Aussagen der Militärpublizistik und deren latenten Daten bestehen.⁴⁸

Die Leistung dieser Arbeit soll darin liegen, die Entwicklungsstrukturen der zeitgenössischen Debatte über Europa in den deutschen Staaten nachzubilden und zu zeigen, wie sich in den neuen Presseorganen alliierte Propagandatätigkeit niederschlägt. Sie dokumentiert einen schrittweisen Wandel der Programmatik, der redaktionellen Arbeit und Berichterstattung von einer gesamteuropäischen Perspektive im Dienste der Alliierten hin zu einem nationalen Fokus im Interesse der deutschen Staatenwelt.

Wirth; Lauf 2001, S. 117ff.

⁴⁶ Vgl. Ravenstein, Marianne: Inhaltsanalyse. In: Relation. Medien – Gesellschaft – Geschichte (1995), H. 2, S. 111ff.

⁴⁷ Vgl. Lerg, Winfried: Die Zeitung als Quelle: Das Auswahlproblem. In: Relation. Medien – Gesellschaft – Geschichte (1995), H. 1, S. 11ff.

⁴⁸ Vgl. Ravenstein 1995, S. 111ff.

7. Historischer Kontext: Pressepolitik in den deutschen Staaten und neue publizistische Freiheiten

Wenn man die europaspezifischen Aspekte der alliierten Publizistik von 1813/14 untersuchen möchte, stößt man unwillkürlich auf die Frage nach der pressepolitischen Spezifik der Textproduktion während der militärischen Krisensituation. Die Pressepolitik der Verbündeten, verstanden als die Einflussnahme staatlicher Autorität auf die Presse, steht im Kontrast zu den bis dahin etablierten Formen der staatlichen Presselenkung in den deutschen Staaten.⁴⁹ Auffällig war, dass sich die Vertreter der Militärallianz kaum negativer Formen der Meinungslenkung bedienten. Nach der Aufhebung der französischen Pressegesetze versuchten sie beispielsweise nicht mittels Zensur die tagesaktuelle Berichterstattung deutscher Periodika zu kontrollieren. Vielmehr vertrauten die Verantwortlichen der alliierten Generalität in der Umbruchsphase auf positive Formen der Öffentlichkeitsarbeit. Sie produzierten, edierten und vertrieben amtliche Informationen über den militärischen Ereignisverlauf und förderten deren publizistische Zweitverwertung durch andere Periodika. Diese relative Freiheit des deutschen Zeitungswesens, unabhängig von französischer Einflussnahme zu berichten und dabei die alliierten Kriegsziele zu bestätigen,⁵⁰ nahmen die Zeitgenossen vorschnell als einen Zustand der Pressefreiheit wahr.⁵¹

Überhaupt hatte sich die Medienlandschaft in den Jahren zuvor stark gewandelt: Im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation war im Gefolge der Aufklärung die Zahl der Zeitungen und Zeitschriften stark angewachsen.⁵² Die Zahl der Buchhandlungen und freien Schriftsteller war gestiegen.⁵³ Gebildete gründeten überall Lesegesellschaften und Lesekabinette, um die neueste periodische Literatur einsehen zu können.⁵⁴ Die Leser konnten sich durch Lektüre ihrer selbst und ihrer Umwelt vergewissern und Gleich-

⁴⁹ Vgl. Schäfer 1970, S. 38f.

⁵⁰ Vgl. Der Rheinstrom. In: DB II, 24.1.1814, H. 70, S. 247f.

⁵¹ Vgl. Ueber Deutschlands alte und neue Verfassung. In: DB II, 14.1.1814, H. 64, S. 145; Politische Schriften. In: KRO, 1813, H. 4.3, S. 293; Ueber die französische hohe Polizei. In: DB II, 21.3.1814, H. 102, S. 128.

⁵² Vgl. Kirchner, Joachim: Das deutsche Zeitschriftenwesen, seine Geschichte und seine Probleme. Teil I. Von den Anfängen bis zum Zeitalter der Romantik, Wiesbaden 1958, S. 115; Dann, Otto: Politische Voraussetzungen und gesellschaftliche Grundlagen der deutschen Literatur zwischen Französischer Revolution und Wiener Kongreß. Aus: Mandelkow, Karl Robert (Hrsg.): Europäische Romantik I. Neues Handbuch der Literaturwissenschaft. Hrsg. von Klaus von See. Wiesbaden 1982, S. 31; Hardtwig, Wolfgang: Vormärz. Der monarchische Staat und das Bürgertum. München 1985, S. 111.

⁵³ Vgl. Baumert 1928, S. 42; Schäfer 1970, S. 41; Dann 1982, S. 32; Kronenbitter 1994, S. 112f.

⁵⁴ Vgl. Schäfer 1970, S. 41.

gesinnte finden. Das Publikum entwickelte sich in den deutschen Territorien zu einem politischen Faktor, den die Regierungen nicht mehr ignorieren konnten.⁵⁵

Allerdings fiel in den Einzelterritorien die amtliche Kontrollpraxis gegenüber publizistischen Medien im Reich recht unterschiedlich aus. Die einzelnen Landesfürsten handhabten ihre Zensurkompetenzen für periodische Druckschriften bei gleichzeitiger reichsrechtlicher Normierung nach uneinheitlichen Gesichtspunkten. Wenn ein Zeitschriften- oder Zeitungsmacher in Konflikt mit landesherrlichen Aufsichtsbehörden geriet, eröffnete ihm die Vielzahl der deutschen Staaten die Möglichkeit, einen neuen Produktionsstandort und damit auch neue Vorschriften für die Erstellung seines Blattes zu wählen.⁵⁶ Die Rezeption der Ereignisse um die Französische Revolution führte zu einer reichsweiten Verschärfung der Zensurvorschriften in den deutschen Staaten.⁵⁷ Trotz zahlreicher Initiativen deutscher Fürsten konnte keine einheitliche reichsgesetzliche Regelung, die den Druck und Vertrieb revolutionärer Schriften hätte verhindern können, etabliert werden.⁵⁸ Nach der Auflösung des Reiches 1806 zerfiel das Gebiet schließlich im Hinblick auf seine politische Stellung und Pressegesetzgebung gegenüber dem Kaiserreich Frankreich in drei Einflussphären:⁵⁹ die in Frankreich eingegliederten Gebiete, die Rheinbundstaaten und die formal unabhängigen Mächte Preußen und Österreich.

Den Aufstieg Napoleons zum Kaiser der Franzosen hatte ein systematischer Ausbau des Pressewesens begleitet. Seit Beginn seiner Karriere hatte Napoleon die Presse zu benutzen gewusst, um die seit der Revolution geltende Pressefreiheit in Frankreich zu unterlaufen und seine Macht abzusichern. Als Oberbefehlshaber der französischen Armee führte er während der Feldzüge in Oberitalien 1796 und in Ägypten 1798/1799 Felddruckereien mit sich, um Exklusivberichte vom Kriegsschauplatz zu produzieren und durch

⁵⁵ Vgl. Fischer 1981, S. 577.

⁵⁶ Vgl. Schäfer 1970, S. 57.

⁵⁷ Vgl. Lindemann, Margot: Deutsche Presse 1850. Geschichte der deutschen Presse. Berlin 1969, S. 256; Schneider 1978, S. 921; Wilke Jürgen: Presse und Zensur. Anfänge, Entwicklung und Abbau obrigkeitlicher Kontrollmaßnahmen. Aus: Beyrer; Dallmeier 1994, S. 153; Kronenbitter 1994, S. 144.

⁵⁸ Vgl. Eisenhardt, Ulrich: Die kaiserliche Aufsicht über Buchdruck, Buchhandel und Presse im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (1496-1806): ein Beitrag zur Geschichte der Buecher- und Pressezensur. Karlsruhe 1970, S. 129.

⁵⁹ Vgl. Everth, Erich: Die Öffentlichkeit in der Außenpolitik von Karl V. bis Napoleon. Jena 1931, S. 452; Schneider, Franz: Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848. Neuwied, Berlin 1966, S. 175; Lindemann 1969, S. 260; Dann 1982, S. 37f; Wilke 1994, S. 153; Weber 1991, S. 79; Keller, Mechthild: Erst bewundert, dann gefürchtet. Pressestimmen bis zum Wiener Kongreß. Aus: Keller, Mechthild (Hrsg.): Russen und Rußland aus deutscher Sicht. 19. Jahrhundert: Von der Jahrhundertwende bis zur Reichsgründung (1800-1871). München 1992, S. 359ff.

die Nachrichtendistribution direkten Einfluss auf die Meinungsbildung in Paris zu gewinnen. Nach dem Antritt seines Konsulats 1799 erhob Napoleon die Pariser Zeitung „Moniteur“ zum offiziellen Staatsblatt. Es enthielt fortan alle seine Regierungserklärungen.⁶⁰ Im Folgejahr erhöhte Napoleon die politische Bedeutung des „Moniteur“, als er die Zahl der Pariser Tageszeitungen per Dekret von insgesamt 73 auf 13 Blätter reduzierte.⁶¹ Nach seiner Krönung zum Kaiser richtete Napoleon 1804 ein „Büro zur Beratung in Sachen Pressefreiheit“ ein, das die französische Tagespresse ganz im Interesse der Pariser Regierung redigierte.⁶² Nachdem Napoleon die Pressefreiheit in Frankreich de facto bereits ausgehebelt hatte, führte er am 5. Februar 1810 nachträglich per Dekret die Zensur in Frankreich wieder offiziell ein.⁶³ Ein Generaldirektorium für Druckereien und den Buchhandel übernahm in Paris die Redaktion des „Moniteur“, übersetzte ausländische Zeitungen und überwachte die politische Berichterstattung im gesamten Empire.⁶⁴ Zusätzlich wurde am 3. August 1810 verfügt, dass in jedem Departement Frankreichs nur noch eine politische Zeitung mit Genehmigung und unter Aufsicht des jeweiligen Präfekten erscheinen dürfe.⁶⁵ Außerdem reduzierte Napoleon mittels eines Pressekedikts 1811 die Anzahl der Tageszeitungen in der französischen Hauptstadt auf vier.⁶⁶ In Paris konnten neben dem „Moniteur“ nur noch das „Journal de Paris“, die „Gazette de France“ und das „Journal de l'Empire“ erscheinen.⁶⁷ Um die Deutungshoheit im Innern Frankreichs über die politischen Zeitereignisse zu gewinnen, hatte Napoleon das Zeitungswesen nach seiner Machtübernahme also immer weiter zentralisiert, die politische Berichterstattung gleichgeschaltet und die tagesaktuelle Medienproduktion zu seinen Gunsten manipuliert.⁶⁸

⁶⁰ Vgl. Stegmaier 1983, S. 139.

⁶¹ Vgl. Siemer, Antje: "Moi, toujours moi, rien que moi" – Zu einigen Facetten des Napoleonbildes in der deutschen Publizistik. Aus: Böning, Holger (Hrsg.): Französische Revolution und deutsche Öffentlichkeit. Wandlungen in Presse und Alltagskultur am Ende des achtzehnten Jahrhunderts. München, London, New York, Paris 1992, S. 310.

⁶² Vgl. Gisch 1982, S. 56, 63; Stegmaier 1983, S. 139.

⁶³ Vgl. Goldfriedrich, Johann: Geschichte des deutschen Buchhandels vom Beginn der Fremdherrschaft bis zur Reform des Börsenvereins im neuen Deutschen Reiche (1805-1889). Leipzig 1913, S. 20ff; Bialowonos, Günther (Hrsg.): Die Geschichte der deutschen Presse. Lehrbrief 3. Die deutsche Presse in der Hauptperiode von 1789-1830. Leipzig 1978, S. 142.

⁶⁴ Vgl. Möhrke, Claus D.: Pressegeschichte zum Nachschlagen. Kleine Beiträge zur Publizistik, H. 1. Münster 1951, S. 15.

⁶⁵ Vgl. Gisch 1982, S. 65; Weber 1991, S. 79.

⁶⁶ Vgl. Siemer 1992, S. 310.

⁶⁷ Vgl. Kellen, Tony: Das Zeitungswesen. Kempten, München 1908, S. 34.

⁶⁸ Vgl. Bauer, Wilhelm: Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen. Tübingen 1914, S. 291; Klein, Hubert: Napoleon I. und die Presse. Napoleons Kampf gegen die Presse. Bonn 1918, S. 9ff; Everth 1931, S. 452; Gruber, Walter: Die Presse im Wandel der politischen Systeme Frankreichs bis zum Weltkrieg. Frankfurt a. M. 1937, S. 30f; Segeberg, Haro: Von der Revolution zur "Befreiung".

Napoleon gelang es, seine in Frankreich entwickelten Methoden der positiven und negativen Presselenkung auch auf die deutschen Staaten auszudehnen. Dafür nutzte er die etablierte Konkurrenz von reichsweiten Pressegesetzen und landesherrlichen Pressevorschriften in den einzelnen Territorien. Während die französischen Pressegesetze die Zensurvorgaben des Alten Reiches vielerorts ablösten, bestanden die landesherrlichen Zensurbestimmungen fort. Während der Jahre von Napoleons Vorherrschaft in Europa bestand quasi die doppelte Aufsicht über die deutsche Presse fort.⁶⁹ Der Grad des pressepolitischen Einflusses der Pariser Regierung fiel jedoch in eingegliederten deutschen Gebieten, in den Territorien des Rheinbundes und in den unabhängigen Staaten, dem Königreich Preußen und dem Kaiserreich Österreich, recht unterschiedlich aus.

Für die Zeitungen der nach Frankreich seit 1801 eingegliederten linksrheinischen Gebiete und – ab 1810/11 – der norddeutschen Territorien galten die französischen Pressegesetze unmittelbar.⁷⁰ Von den Rheinbundstaaten verlangte die Pariser Regierung ab 1806, dass sie die französischen Pressevorgaben neben den jeweiligen landesherrlichen Vorschriften befolgten.⁷¹ Nachdem die Zensur in Frankreich 1810 wieder eingeführt worden war, festigte eine Verordnung vom 28. Mai 1811 das französische Nachrichten- und Meinungsmonopol auch in der politischen Rheinbundpublizistik. Die Zahl der Zeitungen pro Territorium wurde begrenzt.⁷² Unter Androhung von persönlichen Strafen wurde allen Zeitungsmachern untersagt, Nachrichten zu verbreiten, die nicht aus dem „Moniteur“ stammten.⁷³ Von den beiden formal unabhängigen Mächten Österreich und Preußen forderte Napoleon nach der Auflösung des Alten Reiches 1806, dass sie ihr Zeitungs- und Zeitschriftenwesen zur Durchsetzung der französischen Herrschaftsinteressen einsetzten. Österreich und Preußen reagierten ungleich auf Napoleons Forderung.

Politische Schriftsteller in Deutschland (1789-1815). Aus: Mandelkow 1982, S. 231; Wilke 1984, S. 49f; Dominikowski, Thomas: 'Massen'medien und 'Massen'krieg. Historische Annäherungen an eine unfriedliche Symbiose. Aus: Löffelholz, Martin (Hrsg.): Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation. Bonn 1993, S. 36f; Wilke 1994, S. 153; Hermann, Ludger: Die Herausforderung Preußens: Reformpublizistik und politische Öffentlichkeit in napoleonischer Zeit (1789-1815). Frankfurt a. M. u.a. 1998, S. 53.

⁶⁹ Vgl. Schneider 1966, S. 74; Schäfer 1970, S. 58; Bialowonos 1978, S. 143.

⁷⁰ Vgl. Möhrke 1951, S. 16; Lindemann 1969, S. 270.

⁷¹ Vgl. Fratzke-Weiss, Birgit: Europäische und nationale Konzeptionen im Rheinbund: politische Zeitschriften als Medien der politischen Öffentlichkeit. Frankfurt a. M., Berlin 1997, S. 183ff.

⁷² Vgl. Bialowonos 1978, S. 142; Weber 1991, S. 79f.

⁷³ Vgl. Schottenloher, Karl: Flugblatt und Zeitschrift. Ein Wegweiser durch das gedruckte Tagesschrifttum. Berlin 1922, S. 351; Kramer 1922, S. 18f; Lindemann 1969, S. 251f; Bialowonos 1978, S. 143; Dussel, Konrad: Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert. Münster 2004, S. 22f.

In Österreich entstand eine von der Wiener Hofburg aus geleitete, zentralisierte, nur äußerlich an Frankreichs Herrschaftsziele angepasste Presse.⁷⁴ Clemens Wenzel von Metternich, der lange Zeit Österreichs Diplomat in Paris war,⁷⁵ imitierte Napoleon und schuf eine Staatspresse nach französischem Vorbild.⁷⁶ Erste Erfahrungen mit dem gezielten Einsatz von Pressemedien hatte der Staatsmann während des Krieges von 1809 gegen Frankreich gesammelt. Friedrich Schlegel hatte im österreichischen Hauptquartier eine Feldzeitung mit dem Titel „Österreichische Zeitung“ herausgegeben. Nach der Niederlage begann Metternich die periodische Publizistik als Mittel der Politik im Innern zu institutionalisieren. Er sorgte dafür, dass die Pressearbeit im Staatsapparat verankert wurde, und zwar innerhalb der Staatskanzlei. Friedrich Gentz übernahm dort die Aufgabe eines Ratgebers, Kontrolleurs und Schriftstellers. Er machte die publizistischen Kanäle für die Regierung verfügbar. Problematisch war dabei allerdings, dass die politische Presselandschaft in Österreich dafür infolge der bisherigen Pressezensur nicht ausgebildet war. Die privilegierte „Wiener Zeitung“, das etablierte Sprachorgan der Staatskanzlei mit amtlichem Charakter, fand nur wenig Anerkennung beim Publikum. Metternich kam 1810 Friedrich Schlegels Wunsch nach, seine Feldzeitung in Friedenszeiten fortzusetzen, und übertrug ihm die Edition eines neuen Wiener Blattes mit dem Titel „Österreichischer Beobachter“. Bereits 1811 löste Metternichs persönlicher Sekretär Schlegel als Herausgeber ab. Nach außen erschien der „Österreichische Beobachter“ unabhängig von der Wiener Hofburg; die Zeitung wurde de facto aber von der Wiener Staatskanzlei unter der Leitung von Friedrich Gentz kontrolliert.⁷⁷ Ziel der pressepolitischen Maßnahmen Metternichs war, die Bevölkerung im Kaiserreich von der Politik fernzuhalten und allen unkontrollierten Meinungsäußerungen zuvorzukommen.⁷⁸ Das Dilemma seiner Öffentlichkeitsarbeit bestand allerdings darin, dem Publikum Akzeptanz für die gleichzeitige geheime Außenpolitik Österreichs abzugewinnen.⁷⁹

In Preußen verfolgte die Regierung nach dem Frieden von Tilsit 1807 den pressepolitischen Grundsatz, nichts erscheinen zu lassen, was den Kaiser der Franzosen oder seine Herrschaftsvertreter hätte provozieren können. Das Berliner Kabinett zeigte in seinen öffentlichen Stellungnahmen eine weitgehende Anpassung an Napoleons Expansions-

⁷⁴ Vgl. Lindemann 1969, S. 261f; Segeberg 1982, S. 231; Kronenbitter 1994, S. 179ff.

⁷⁵ Vgl. Kronenbitter 1994, S. 179.

⁷⁶ Vgl. Schäfer 1974, S. 65.

⁷⁷ Vgl. Kronenbitter 1994, S. 179ff; Lindemann 1969, S. 262.

⁷⁸ Vgl. Schäfer 1974, S. 65ff.

⁷⁹ Vgl. Kronenbitter 1994, S. 182.

und Wirtschaftspolitik und übte Selbstzensur hinsichtlich kritischer Fragen. Gleichzeitig bemühten sich Mitglieder der preußischen Reformpartei, das von Napoleon etablierte Nachrichten- und Meinungsmonopol zu unterlaufen, wozu sie subversive Formen der Kommunikation wählten.⁸⁰ Während sie publizistische Beiträge über Literatur und Kunst verfassten, betrieben sie Politik.⁸¹ Freiherr Heinrich Friedrich Carl vom Stein legte 1808 den Vorschlag vor, ein eigenes Regierungsblatt nach Vorbild des „Moniteurs“ zu edieren, um nationale und patriotische Themen an die Öffentlichkeit zu bringen.⁸² Seine Idee fand in den konservativen Regierungskreisen Berlins kein Gehör.⁸³ Die Vorbereitungen für die Erneuerung der deutschen Nation trafen Vertreter Preußens und auch Österreichs im Vorfeld des französischen Russlandfeldzugs – teilweise im Geheimen.⁸⁴ Viele preußische Patrioten waren unter Aufgabe ihrer Ämter nach Russland emigriert. Sie waren in russische Dienste eingetreten und am russischen Zarenhof als Berater präsent.⁸⁵ Zu den prominenten Immigranten zählten unter anderem der General Baron Friedrich Karl von Tettenborn, der Baron Ferdinand von Winzigerode, der Staatsrat Justus Gruner und der Schriftsteller August von Kotzebue.⁸⁶ Im Gefolge Alexanders I. waren neben anderen deutschen Patrioten der Freiherr vom Stein und der Schriftsteller Ernst Moritz Arndt präsent.⁸⁷ Bis zu Beginn von Napoleons Russlandfeldzugs war die zaristische Außenpolitik durch das Bemühen gekennzeichnet, das Bündnis mit Frankreich zu festigen und die Beziehungen zu den anderen europäischen Staaten weitgehend konfliktfrei zu halten.⁸⁸ Nach der erfolgreichen Verteidigung Russlands gegen Frankreich und der geplanten Ausdehnung des Krieges nach Europa suchte der Kaiser Alexander I. seine Ziele, den russischen Suprematieanspruch in Nordeuropa und

⁸⁰ Die Rolle des Tugendbundes bei der Erregung der patriotischen Stimmungen in Krisenzeiten – einer Geheimgesellschaft und eines Sammelbeckens der preußischen Reformer – bleibt in den publizistischen Zeugnissen der Freiheitskriege 1813/14 ungeklärt. Vgl. Abschrift. Ministerium der Finanzen. Cassel, den 31sten März 1813 In: DPC, 1.5.1813, H. 18, S. 2f; Preussen. In: DDB I, 2.5.1813, H. 13, S. 4; Inlaendische Angelegenheiten. Preussen. In: DDB I, 6.5.1813, H. 15, S. 1f; o.T. In: RDVB, 6.5.1813, H. 16, S. 1; Napoleons Benehmen gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden; aktenmäßig dargestellt, von einem Sachkundigen. In: FZ, 12.11.1813, H. 12, S. 1ff; o.T. In: DB I, 26.11.1813, H. 39, S. 385ff; o.T. In: DPC, 10.12.1813, H. 145, S. 2f; Die Olympier. 1813. In: DB I, 31.12.1813, H. 58, S. 62ff; Auch die Mode darf patriotisch seyn. In: DB II, 11.2.1814, H. 80, S. 409ff; Das Benehmen der französischen Regierung gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden. In: DND, 1814, H. 6, S. 639ff; Kraehe 1963, S. 141.

⁸¹ Vgl. Czygan 1911, S. 7f; Weber 1991, S. 81; Schöming, Ulrike: Politik und Öffentlichkeit in Preußen. Entwicklung der Zensur- und Pressepolitik zwischen 1740 und 1819. Würzburg 1998, S. 208ff.

⁸² Vgl. Schäfer 1974, S. 67.

⁸³ Vgl. Czygan 1911, S. 14.

⁸⁴ Vgl. Czygan 1911, S. 26f; Kraehe 1963, S. 149; Kronenbitter 1994, S. 273.

⁸⁵ Vgl. Kraehe 1963, S. 149; Eich 1986, S. 33ff.

⁸⁶ Vgl. Eich 1986, S. 120ff.

⁸⁷ Vgl. Schroeder 1994, S. 454.

im Ostseeraum zu behaupten, weiterhin kooperativ durchzusetzen. Die Basis für die Zusammenarbeit mit den preußischen Emigranten bildete das Vorhaben, eine deutsche Volkserhebung gegen Napoleons Hegemonie nach dem spanischen oder Tiroler Vorbild zu organisieren. Die Insurrektion sollte nach dem Wunsch Steins in Norddeutschland ihren Ausgang nehmen und bis zum Rhein geführt werden.⁸⁹ Die Lösung der Frage nach der künftigen staatlichen Gestalt der deutschen Nation blieb dabei den deutschen Reformkräften im russischen Generalstab überlassen.⁹⁰ Im Gegensatz zu Metternich, der die Pflege der öffentlichen Meinung in Österreich den Interessen der Wiener Kabinettspolitik unterordnete, plante Stein, die Bevölkerung in Preußen und Norddeutschland durch publizistische Aufklärung stärker an der Politik zu beteiligen. Im Gefolge Alexanders I. erhielten deutsche Schriftsteller wie Arndt im Herbst 1812 den Auftrag, Schriften für den Kampf gegen Napoleon vorzubereiten.⁹¹

Infolge der Ausdehnung des russischen Krieges gegen Frankreich nach Europa und der Bildung der antinapoleonischen Koalition erlebte die Produktion von tagesaktuellen Medien in den deutschen Staaten während der Kriegsmonate 1813/14 eine einmalige Konjunktur.⁹² Parallel zum erfolgreichen Vormarsch der verbündeten Truppen von Russland nach Frankreich und zum Rückzug der französischen Soldaten aus den besetzten Gebieten von Osten nach Westen lancierte die alliierte Generalität eine ausgedehnte Pressekampagne in den zu besetzenden Regionen.⁹³ Nach französischem Vorbild verbreiteten die Koalition in den Frontgebieten zahllose Flugblätter und Flugschriften. Sie machten patriotische Lieder, Gedichte und Predigten bekannt. Es gab Hefte und Broschüren, die zur Meinungsbildung über politische Fragen der Zeitgeschichte anleiteten und Orientierungshilfen anboten. Neue Zeitungen und Zeitschriften informierten

⁸⁸ Vgl. Eich 1986, S. 83f.

⁸⁹ Vgl. Kraehe 1963, S. 152; Eich 1986, S. 122; Schroeder 1994, S. 454f.

⁹⁰ Vgl. Eich 1986, S. 122.

⁹¹ Vgl. Schäfer 1970, S. 67.

⁹² Vgl. Akaltin 1997, S. 36; Piereth, Wolfgang: Propaganda im 19. Jahrhundert. Die Anfänge staatlicher Pressepolitik in Deutschland (1800-1817). Aus: Daniel, Ute; Siemann, Wolfgang (Hrsg.): Propaganda, Meinungskampf, Verführung und Sinnstiftung (1789-1989). Frankfurt a. M. 1994, S. 21; Hofmeister, Andrea: Opposition via Pressepolitik: Netzwerke bei der Arbeit. Aus: Söseman 2002, S. 308ff.

⁹³ Vgl. Schäfer 1970, S. 68ff; Stegmaier 1983, S. 141f; Hofmeister-Hunger, Andrea: Pressepolitik und Staatsreform. Die Institutionalisierung staatlicher Öffentlichkeitsarbeit bei Karl August von Hardenberg (1792-1822). Göttingen 1994, S. 254; Hundt, Michael: Die minderächtigen deutschen Staaten auf dem Wiener Kongreß. Mainz 1996, S. 21; Wilke, Jürgen: Der nationale Aufbruch der Befreiungskriege als Kommunikationsereignis. Aus: Hermann, Ulrich (Hrsg.): Volk – Nation – Vaterland. Hamburg 1996, S. 364; Echternkamp, Jörg: Der Aufstieg des deutschen Nationalismus (1770-1840). Frankfurt a. M., New York 1998, S. 221.

über die aktuellen alliierten Kriegserfolge in ganz Europa.⁹⁴ Etablierte Blätter gaben ihre pronapoleonische Tendenz auf und begannen, den Kampf der Koalierten publizistisch zu unterstützen. Periodika, die infolge der französischen Pressegesetze eingestellt oder verboten worden waren, wurden wieder aufgelegt.⁹⁵ Hinter der Frontlinie und unter alliierterm Schutz begannen deutsche Buchhändler den publizistischen Markt in den deutschen Staaten neu zu organisieren. Die Aufhebung der französischen Pressegesetze infolge des alliierten Vormarsches und die zeitweilige Missachtung bestehender landesherrlicher Pressevorschriften deuteten Zeitgenossen vielfach vornehmlich als Gewinn von Pressefreiheit.⁹⁶ Tatsächlich unterstand das deutsche Pressewesen⁹⁷ aber den neuen Militärverwaltungen⁹⁸ und den etablierten Zensurbehörden einzelner Landesfürsten.⁹⁹

8. Untersuchungszeitraum: Fünf Phasen in der europäischen Ereignisgeschichte 1813/14, fünf Phasen in der nationalen Pressegeschichte

Die Untersuchung möchte zeigen, dass die alliierten Kriegserfolge und die Kriegspropaganda während der Jahre 1813/14 das Europabild der deutschen Presse prägten. Die antinapoleonische Koalition gab die Herausgabe von Zeitungen und die Abfassung amtlicher Armeenachrichten in Auftrag, um exklusive Nachrichten über die militärisch-politischen Erfolge der Verbündeten für den publizistischen Markt zur Verfügung zu stellen.¹⁰⁰ Viele andere Presseorgane erhielten dadurch amtlichen Charakter, dass sie sich freiwillig in den Dienst der Allianz stellten und deren Bekanntmachungen verbreiteten. Kritik an der Nachrichtendistribution und den Verlautbarungen der antinapoleonischen Koalition übte kein Presseemann.¹⁰¹ Die tagesaktuelle Berichterstattung über den alliierten Kriegseinsatz lieferte den Redaktionen vielmehr die Themen für die zeitge-

⁹⁴ Vgl. Häffner, Ansgar: An Niemand, den Kundbaren. Bemerkungen zur Entstehung der Öffentlichkeit. Aus: Beyrer; Dallmeier 1994, S. 74; Schäfer 1974, S. 47; Weber 1991, S. 33f; Hermann 1998, S. 51.

⁹⁵ Vgl. Hagemann 1998, S. 128ff.

⁹⁶ Vgl. Goette, Rudolf: Das Zeitalter der Deutschen Erhebung 1807-1815. Bd. 2. Gotha 1892, S. 288; Bauer 1914, S. 259; 291f; Darmstadt, Rolf: Der deutsche Bund in der zeitgenössischen Publizistik. Frankfurt a. M. 1971, S. 24; Schneider 1978, S. 916; Schäfer 1974, S. 59; Bialowonos 1978, S. 146; Fischer 1981, S. 49; Stegmaier 1983, S. 141; Wilke 1984, S. 49; Wilke 1994, S. 148ff.

⁹⁷ Die These, dass die deutsche Tagesliteratur während der Kriegsmonate 1813/14 in außenpolitischer Hinsicht relative Pressefreiheit genoss, ist wegen der Propagandaaktivitäten der antinapoleonischen Koalition anzuzweifeln. Vgl. Schneider 1966, S. 190; Hofmeister-Hunger 1994, S. 255.

⁹⁸ Vgl. Schäfer 1970, S. 60.

⁹⁹ Vgl. Gisch 1982, S. 66.

¹⁰⁰ Vgl. Schneider 1966, S. 172.

¹⁰¹ Vgl. Requate, Jörg: Journalismus als Beruf. Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich. Göttingen 1995, S. 393f.

schichtliche Diskussion. Erst nachdem die verbündeten Truppen die Unabhängigkeit einer europäischen Nation von Frankreich errungen hatten, ein Fürst sich der Koalition angeschlossen und Napoleon den Krieg erklärt hatte, begannen die Journalisten über die staatliche Zukunft des jeweiligen Volkes zu schreiben. Die publizistischen Vorschläge für die politische Neuorganisation der europäischen und deutschen Staatenwelt waren immer integraler Bestandteil der alliierten Friedenspolitik.

Die vorliegende Arbeit will einen Perspektivwandel innerhalb der alliierten Kriegsberichterstattung in den Jahren 1813/14 aufzeigen: von einer gesamteuropäischen Perspektive im Dienste der Alliierten hin zu einem nationalen Fokus im Interesse der deutschen Staaten. Voraussetzung für die Analyse des Blickwechsels ist eine Einteilung des Untersuchungszeitraums: Der Kampf der europäischen Staatenkoalition gegen Napoleon zerfiel militärisch, politisch und im Hinblick auf die alliierten Ordnungsvorstellungen für Europa in fünf Perioden. Jede Kriegsphase setzte spezifische Rahmenbedingungen für die deutsche Presselandschaft, für die Nachrichtenversorgung und für die Informationsleistungen.

Die erste Phase, die Vorbereitungsphase, beginnt nach dem gescheiterten Russlandfeldzug Napoleons mit der Konvention von Tauroggen am 30. Dezember 1812 und dauert bis zum Beginn des Frühjahrsfeldzuges im April 1813.¹⁰² Während dieser Zeit, in der sich das York'sche Korps von der Großen Armee Napoleons abspaltete, sich zur Neutralität in dem Gebiet zwischen Memel, Tilsit und dem Haff verpflichtete und die russischen Truppen über Ostpreußen, die Weichsel und die Oder bis nach Berlin vordrangen, war die Frage nach den russischen Bündnispartnern noch genauso offen wie jene nach der Neuordnung des Kontinents und der deutschen Territorien. Die russischen Militärs setzten bei ihrem Vormarsch durch Preußen und Norddeutschland gezielt Flugblätter und Flugschriften ein, um die preußische Bevölkerung für ihre Kriegsziele einzunehmen. Während in den preußischen Ländern die Pressevorschriften gelockert wurden, dauerten in fast allen deutschen Staaten die etablierten Formen der Pressekontrolle fort. Landesherrliche und französische Zensurbehörden überwachten die periodischen Schriften. In einigen deutschen Staaten wurden neue historische Journale herausgegeben, deren Betrachtungen zwar nicht gegen die französischen Pressevorgaben verstießen, aber einen bevorstehenden politischen Umbruch innerhalb des europäischen Staatensystems prophezeiten.

¹⁰² Vgl. Akaltin 1997, S. 19ff.

Die zweite Phase, der Frühjahrsfeldzug, beginnt inoffiziell mit dem zunächst geheim gehaltenen russisch-preußischen Kalischer Bündnis vom 28. Februar 1813 und offiziell mit der Kriegserklärung Preußens an Frankreich vom 16. März 1813. Sie endet mit dem Waffenstillstandsabkommen von Pläswitz zwischen Russland, Preußen und Frankreich am 5. Juni 1813.¹⁰³ Während es den russisch-preußischen Truppen nicht gelang, dauerhaft über die Elbe vorzustößen und bei Groß-Görschen und Bautzen einen militärischen Sieg über die französischen Truppen herbeizuführen, bemühten sich die russische und die preußische Regierung vergebens, neue Bündnispartner für den Krieg gegen Napoleon zu gewinnen. Mit dem Kalischer Bündnisvertrag waren die ersten Vorgaben für eine Nachkriegsordnung der europäischen Staaten formuliert. Preußen und Russland vereinbarten, die Unabhängigkeit Deutschlands von Frankreich wiederherzustellen, Preußen ein Gebiet in der Größe seines Status von 1806 zu sichern und Russland das noch zu schaffende Königreich Polen zu unterstellen. In den deutschen Gebieten, die von russisch-preußischen Truppen besetzt waren, verloren die französischen Pressegesetze an Gültigkeit und gewannen die Vorgaben der alliierten Militärverwaltungen an Relevanz. Mit der Einnahme Berlins und Hamburgs durch die russischen Truppen im März 1813 fingen einzelne Vertreter des russisch-preußischen Bündnisses an, Materialsammlungen und Zeitungen herauszugeben. Die Militärpublizistik der Koalition setzte alles daran, die Kriegsberichterstattung der französischen Presse zu widerlegen und die eigenen Kriegsabsichten und Kriegserfolge zu popularisieren.

Die dritte Phase der Freiheitskriege charakterisiert der Waffenstillstand von Pläswitz, den Frankreich und die russisch-preußische Koalition nach den für beide Kriegsparteien verlustreichen Schlachten bei Lützen und Bautzen im Mai 1813 schlossen. Die Vereinbarung war zunächst vom 4. Juni bis zum 20. Juli 1813, später bis zum 10. August 1813 befristet. Die Zeit der Waffenruhe gedachten sowohl die russisch-preußische Armee als auch die französischen Truppen dazu zu nutzen, die eigenen Verbände zu verstärken und neue Verbündete, insbesondere Österreich, zu einem Kriegseintritt auf der eigenen Seite zu bewegen. Während Großbritannien und Schweden sich enger an die russisch-preußische Allianz banden, verpflichtete sich Österreich im Vertrag von Reichenbach vom 27. Juni 1813 gegenüber der antinapoleonischen Koalition, in den Krieg einzutreten, falls Napoleon einem österreichischen Friedensultimatum nicht bis zum 10. August 1813 zugestimmt haben sollte. Napoleons Ablehnung von Österreichs Vorschlag, einen

¹⁰³ Vgl. Ebd., S. 19.

Frieden auf der Grundlage der Grenzen Frankreichs von 1801 zu schließen, zog Österreichs außenpolitischen Kurswechsel nach sich und markierte die Einigung der Koalition auf erste territoriale Ordnungsvorstellungen für Europa. Während der Zeit der Waffenruhe unterbrach das russisch-preußische Bündnis seinen publizistischen Feldzug gegen Napoleon und gab alle propagandistischen Aktivitäten auf. Die Diskussion um die Zukunft des Kontinents fand zwischen den Bündnispartnern und Beitrittskandidaten unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die im Waffenstillstandsvertrag vereinbarte Demarkationslinie trennte die deutsche Staatenwelt für acht Wochen in zwei Einflussbereiche mit unterschiedlichen Pressegesetzen und ungleichem Kenntnisstand über die Entwicklung des europäischen Staatensystems. Die Blätter aus den russisch-preußisch besetzten Gebieten hatten das Publikum bisher über die Kriegsstrategie der Koalition unterrichtet, vermittelten jedoch seit Beginn der Waffenruhe nur noch wenige Nachrichten über die alliierten Friedensverhandlungen. Die Presseorgane in den Rheinbundstaaten hatten bislang die russisch-preußischen Siege verschwiegen und agitierten während der Friedensgespräche weiterhin im Interesse ihres Protektors.

Die vierte Phase der Freiheitskriege bezeichnet der Herbstfeldzug der Alliierten von 1813, der mit dem Auslaufen des Waffenstillstandes am 10. August begann und mit dem geordneten Rückzug der französischen Truppen aus den deutschen Ländern Ende Oktober/Anfang November 1813 endete.¹⁰⁴ Der um undefinierte Freiheitsrechte geführte Krieg wandelte sich unter Österreichs Führung in einen Krieg um das europäische Gleichgewicht. Der Sieg der antinapoleonischen Koalition in der Völkerschlacht bei Leipzig vom 16. bis zum 19. Oktober 1813 leitete den Zusammenbruch des napoleonischen Systems in Europa ein. Die französische Herrschaft über die Rheinbundstaaten fand ihr Ende. Der Herbstfeldzug leitete die öffentliche Diskussion um eine Neuordnung Deutschlands ein. Mit Beginn des Herbstfeldzuges intensivierte die antinapoleonische Koalition ihre publizistischen Unternehmungen und begann, Feldzeitungen herauszugeben. Diese Blätter, die im Feld produziert und redigiert wurden, standen unter dem direkten Einfluss und der Kontrolle eines alliierten Hauptquartiers. Die Zeitungen verbreiteten exklusiv aktuelle Nachrichten über die Kriegserfolge der verbündeten Truppen und die Erweiterung des Bündnisses europäischer Staaten.

Die fünfte Phase bildet der Frankreichfeldzug, der um die Jahreswende 1813/14 mit der Überschreitung der Rheingrenze durch die freilich zu diesem Zeitpunkt über die Fort-

¹⁰⁴ Vgl. Ebd., S. 19.

führung des Krieges noch unstimmmigen alliierten Mächte begann und mit dem Ersten Pariser Frieden am 30. Mai 1814 endete.¹⁰⁵ Frankreichs Einfluss auf Holland, Oberitalien, das Königreich Neapel, die Schweiz und Dänemark wurde aufgehoben. Der auf Betreiben Österreichs einberufene und schleppend geführte Friedenskongress von Châtillon, auf dem Frankreich die Grenzen von 1792 angeboten wurden, endete ergebnislos am 19. März 1814. Im Vertrag von Chaumont einigten sich die Verbündeten erneut und trotz widersprüchlicher Pläne auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Napoleon. Die Alliierten, die den Krieg ausdrücklich gegen Napoleon und nicht gegen Frankreich geführt hatten, erreichten ihr gemeinsames Ziel mit der Kapitulation von Paris am 30. März und mit der darauf folgenden Abdankung Napoleons am 6. April 1814. Der Frieden von Paris, den die Koalition am 30. Mai 1814 mit dem neuen französischen Herrscher Ludwig XVIII. schloss, vermied eine Aufteilung der europäischen Nationen in Sieger und Besiegte. Das Abkommen gewährte Frankreich den Erhalt der Grenzen von 1792, zuzüglich einiger eroberter Gebiete, sicherte die Rückgabe seiner Kolonien und überseeischen Handelsniederlassungen zu, verzichtete auf jede Reparationszahlung, ermöglichte den Verbleib der geraubten Kulturschätze in Paris und vertagte die Regelung der europäischen Friedensordnung und der deutschen Verfassungsfrage auf einen gesonderten Kongress in Wien. Als sich der Kriegsschauplatz zu Jahresbeginn endgültig aus den deutschen Staaten nach Frankreich verlagerte, begannen einzelne deutsche Herausgeber, Verleger und Buchhändler neue historisch-politische Journale zu edieren. Die Zeitschriften erschienen im Einvernehmen mit den jeweiligen deutschen Fürsten oder alliierten Militärbehörden. Die tagesaktuelle Kriegsberichterstattung über den alliierten Frankreichsinsatz trat zunehmend in den Hintergrund. Die zeitgeschichtliche Debatte über die Erneuerung der deutschen Nation in Europa gewann sprunghaft an Relevanz und Popularität.

Ohne dass es für jede einzelne Kriegsphase stets möglich wäre, die unmittelbaren Beziehungen zwischen alliierten Entscheidungsträgern und militärpublizistischer Agitation auf der Grundlage der neuen Medien zu definieren, wird im Resultat doch deutlich, dass die Propaganda der antinapoleonischen Koalition die Erneuerung der deutschen Nation vorbereitete, ermöglichte und abstützte.

¹⁰⁵ Vgl. Ebd., S. 20; 47f.

9. Quellen: Periodische Druckerzeugnisse zwischen militärpublizistischer Agitation und intellektueller Redlichkeit

Um die Entwicklungsgeschichte der europäischen Staatenverbindung gegen Napoleon im Medium der Presse während der Kriegsmonate 1813/14 herauszuarbeiten, bietet es sich an, jenen Teil der deutschen Publizistik zu untersuchen, der in unmittelbarer Beziehung zu den politisch-militärischen Kriegereignissen auf dem Kontinent stand.¹⁰⁶ Aus der Vielzahl der publizistischen Medien wurden für die Untersuchung die Periodika ausgewählt,¹⁰⁷ die parallel zum Vordringen der alliierten Truppen von Osten nach Westen und infolge des Rückzugs der Franzosen in den deutschen Territorien neu gegründet wurden.¹⁰⁸ Konjunktur hatten allein historisch-politische Zeitschriften¹⁰⁹ und Feldzeitungen.¹¹⁰ Die neuen Periodika etablierten sich rasch als einflussreiche politische Faktoren innerhalb der deutschen Staatenlandschaft.¹¹¹

Die Blätter entstanden als Auftragsarbeit einzelner Militärs der antinapoleonischen Koalition oder auch aus Eigeninitiative von Herausgebern, Buchhändlern oder Verlegern. Gegenüber den bestehenden Druckerzeugnissen zeichneten sich die neuen Presseorgane dadurch aus, dass sie über exklusive Nachrichtenverbindungen zu einzelnen verbündeten Hauptquartieren verfügten, in historisch-politischen Kategorien über das Kriegsgeschehen berichteten und mit ihrer Berichterstattung die alliierten Kriegsziele förderten.¹¹² Die Druckerzeugnisse gewährleisteten durch ihre redaktionelle Nähe zu den Entscheidungsträgern der antinapoleonischen Koalition eine die deutschen Ländergrenzen überschreitende europäische Perspektive.¹¹³ Im Rahmen ihrer Kriegsberichterstattung lässt sich an den Presseorganen ablesen, wie der Prozess der politischen Meinungsbildung gegen Napoleon publizistisch vorangetrieben und die alliierte Friedenspolitik un-

¹⁰⁶ Vgl. Darmstadt 1971, S. 14.

¹⁰⁷ Die Quellenauswahl basiert auf Kirchners gattungstypologischer Übersicht über die neu gegründeten Zeitschriften, die für die Jahre 1813/14 ausschließlich eine Konjunktur historisch-politischer Journale feststellt. Hinzugezogen wurden älteren Studien zur Pressegeschichte der Freiheitskriege wie beispielsweise diejenige Czygans, Kramers und Wolffs. Vgl. Kirchner 1966, S. 105ff; Czygan 1911, S. 351; Kramer 1922; Wolff 1924.

¹⁰⁸ Vgl. Schneider 1966, S. 187.

¹⁰⁹ Vgl. Max, Hubert: *Wesen und Gestalt der politischen Zeitschrift. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Erziehungsprozesses des deutschen Volkes bis zu den Karlsbader Beschlüssen*. Essen 1943, S. 11ff, 23f; Haacke, Wilmont: *Die politische Zeitschrift 1665-1965*. Bd. 1, Stuttgart 1968, S. 7ff, 122ff; 150; Hermann 1998, S. 34.

¹¹⁰ Vgl. Czygan 1911, S. 351; Kramer 1922, S. 50.

¹¹¹ Vgl. Häffner 1994, S. 74; Schäfer 1974, S. 47; Weber 1991, S. 33f; Hermann 1998, S. 51.

¹¹² Vgl. Schottenloher 1922, S. 358; Kirchner 1958, S. 200; Schäfer 1974, S. 70f; Kollektiv für Literaturgeschichte 1973, S. 28; Bialowonos 1978, S. 146; Stegmaier 1983, S. 141f; Fischer 1981, S. 49; Hofmeister-Hunger 1994, S. 254.

terstützt wurde.¹¹⁴ Die Periodika dokumentieren schon durch ihre Themenwahl, welche Positionen zu aktuellen, geschichtlichen und konzeptionellen Fragen von Napoleons Gegnern favorisiert wurden.¹¹⁵

Bei der Auswertung der Pressequellen entstehen jedoch Interpretationsprobleme, weil die neuen Blätter Bestandteil des alliierten Propagandafeldzuges waren. Die Militärs der antinapoleonischen Koalition versorgten die Redaktionen systematisch mit offiziellen Berichten unmittelbar vom Kriegsschauplatz, die die verantwortlichen Pressemänner dann als Grundlage für die Informationsvermittlung nutzten. Je nach Standort der alliierten Hauptquartiere und der redaktionellen Produktionsstätten variieren in den einzelnen Kriegsphasen und den Periodika die Anteile von tagesaktueller Berichterstattung, zeitgeschichtlichem Kommentar und politischer Essayistik. Die Angepasstheit, Konformität und Einheitlichkeit der militärpublizistischen Aussagen erschweren die Konkretisierung zentraler Anschauungen.¹¹⁶ Eine vergleichende Perspektive auf die veröffentlichten Ausführungen ist deshalb nur im Ausnahmefall möglich. Die Leitartikel enthalten naturgemäß mehr Propaganda als Kritik, weil die Redaktionen ihre Arbeit eher in den Dienst der alliierten Pressearbeit stellten, als dass sie eigenständige Profile ausbildeten. Die Kriegsberichterstattung, zeitgeschichtliche Reflexion und Kommentare zeichnen sich mehr durch Gleichheit als durch Vielfalt in Themen und Meinungen aus. Außerdem bleiben zahlreiche Kriegereignisse und Themen, die den Erfolg der antinapoleonischen Koalition beeinträchtigten, innerhalb der Tagesliteratur unerwähnt oder werden nur fragmentarisch dargestellt.

Kritik an der Kriegsstrategie der antinapoleonischen Koalition wird in keinem Beitrag laut. Existierende Rivalitäten zwischen einzelnen Bündnispartnern werden tabuisiert. Unterdrückt sind alle Stimmen, die nach der Verantwortung der deutschen Fürsten für die Auflösung des deutschen Reiches fragten. Schließlich handelt es sich bei den veröffentlichten Beiträgen überwiegend um Funktionstexte mit öffentlichkeitswirksamem Anspruch.¹¹⁷ Die Artikel tragen nur im Ausnahmefall den Namen ihres Verfassers; sie sind überwiegend anonym veröffentlicht. Der kontextbezogene Wert einer Darlegung

¹¹³ Vgl. Weber 1991, S. 4.

¹¹⁴ Vgl. Wolff, 1924, S. 5; Schäfer 1974, S. 47; Bialowonos 1978, S. 294; Weber 1991, S. 33f.

¹¹⁵ Vgl. Weber 1991, S. 42.

¹¹⁶ Vgl. Jeismann, Michael: "Feind" und "Vaterland" in der frühen deutschen Nationalbewegung 1806-1815. Aus: Hermann 1996, S. 282.

¹¹⁷ Vgl. Kollektiv für Literaturgeschichte 1973, S. 28; Lindemann 1969, S. 186.

trat hinter seine kriegsmobilisierende Funktion zurück. Viele Erklärungen beanspruchten nur für den Moment ihrer Publikation Aufmerksamkeit und Akzeptanz.¹¹⁸

Konkrete Angaben über den Rezeptionserfolg der alliierten Kriegspropaganda und einzelner Presseorgane können nicht gemacht werden. In der Regel überstieg vor der Erfindung der Schnellpresse¹¹⁹ die Auflage einer Zeitung nicht die Zahl von 5000 Stück pro Ausgabe.¹²⁰ Auch wenn die Periodika sich an Lesekundige in allen Ständen richteten, fanden sie ihre Leser vor allem unter den Gebildeten.¹²¹

¹¹⁸ Vgl. Darmstadt 1971, S. 24; Schäfer 1974, S. 70; Weber 1991, S. 42; Hagemann 2002, S. 42f.

¹¹⁹ Vgl. Wilkes, Walter: Setzen und Drucken. Zur Technik der Zeitungsherstellung. Aus: Beyrer; Dallmeier 1994, S. 89f.

¹²⁰ Vgl. Schäfer 1974, S. 84ff; Fischer 1981, S. 399; Wilkes 1994, S. 89f.

¹²¹ Vgl. Schäfer 1970, S. 85; Dann 1982, S. 32.